

Protokoll

5. Sitzung der Legislatur 2007/2011

Dienstag, 4. Dezember 2007, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Konrad Brühwiler, SVP
Anwesend Stadtparlament:	29 Mitglieder
Entschuldigt:	Dieter Feuerle, SP
Anwesend Stadtrat:	5 Mitglieder
Protokoll:	Egerter Romy, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 5/ 1. Mitteilungen
- 5/ 2. Botschaft Sanierung Feuerwehrdepot / Objektkredit
 - Antrag Büro auf Bildung einer 5er-Kommission, Diskussion, Beschlussfassung
- 5/ 3. Voranschlag 2008 der Politischen Gemeinde Arbon
 - Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 5/ 4. Fragerunde
- 5/ 5. Verschiedenes
 - Information aus dem Stadtrat

Präsident Konrad Brühwiler, SVP:

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien, ich begrüsse Sie und heisse Sie an unserer 5. Parlamentssitzung herzlich willkommen. Ich denke, Sie haben es bereits gehört: Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier dürfen heute Abend erstmals die neue Mikrophonanlage benutzen und sie damit inoffiziell einweihen.

Aus diesem Grund begrüsse ich auch den Projektverantwortlichen Herrn Thomas Imhof von der Firma Imhof Akustik AG sowie Mitarbeiter von der Firma R + R Sonic Design, die der Akustik und den künftigen Bedienern dieser Anlage den letzten Schliff geben. Wenn Sie heute Abend also vor die Mikrophone treten werden Sie feststellen, es ist nicht mehr so wie früher, wo Sie möglichst nahe ans Mikrophon mussten, sondern jetzt sind Sie freier.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin. Es sind 29 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15. Entschuldigt hat sich Dieter Feuerle von der Fraktion SP und Gewerkschaften. Remo Bass, CVP, wird aus beruflichen Gründen etwas später – um ca. 18.30 Uhr – zu uns stoßen.

Traktandenliste

Präsident Konrad Brühwiler: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

:::

Die Traktandenliste wird kommentarlos genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Präsident Konrad Brühwiler: Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 13. November 2007:

- Einladung mit Traktandenliste
- Botschaft Sanierung Feuerwehrdepot / Objektkredit

Mit Versand 2 vom 20. November 2007:

- Kommissionsbericht zum Voranschlag 2008 von FGK-Präsidentin Silke Sutter Heer.

Per E-Mail am 14. November 2007:

- Parlamentsprotokoll der 4. Sitzung vom 30. Oktober 2007.

Der Voranschlag 2008 der Politischen Gemeinde Arbon wurde Ihnen bereits am 23. Oktober 2007 zugestellt.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

1. Protokoll der 4. Parlamentssitzung vom 30. Oktober 2007

Das Protokoll wurde vom Parlamentsbüro genehmigt und ist seit dem 28. November 2007 im Internet abrufbar.

2. Referenden

Es sind in dieser Zeit keine Referenden gelaufen.

3. Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung sind dem Parlamentsbüro keine Vorstösse abgegeben worden.

2. Botschaft Sanierung Feuerwehrdepot / Objektkredit

– Antrag Büro auf Bildung einer 5er-Kommission, Diskussion, Beschlussfassung

Präsident Koni Brühwiler: Eine Mehrheit des Büros beantragt Ihnen die Bildung einer 5er-Kommission. Über diesen Antrag lasse ich nun diskutieren und anschliessend Beschluss fassen. Egal welcher Beschluss gefällt wird – die Behandlung der Botschaft Sanierung Feuerwehrdepot/Objektkredit erfolgt so oder so an der Sitzung vom 22. Januar 2008.

Die Diskussion zum Antrag auf Bildung einer 5er-Kommission ist offen.

Andreas Brüschiweiler, SVP: Der Fahrzeugpark der Feuerwehr Arbon hat sich in den letzten Jahren stetig den Bedürfnissen angepasst, also vergrössert, und braucht dementsprechend mehr Platz. Die vorhandene Fläche ist gegenwärtig knapp, ein reibungsloses Ausrücken der Feuerwehrleute bei einer Alarmierung wird immer schwieriger. Die eng aufgereihten Fahrzeuge haben wenig Freifläche. Das schnelle Einsteigen der Crew wird zunehmend schwierig und gefährlich.

Die vorgeschlagene Erweiterung des Depots nach Süden im Vordachbereich ist eine clevere, nachhaltige und zudem kostengünstige Idee. Diese einfache aber wirkungsvolle Erweiterung braucht trotzdem Geld. Die Ausgaben der Feuerwehr Arbon sind in letzter Zeit hoch – die Feuerwehr Arbon darf nicht zur „heiligen Kuh“ werden.

Der zweite Punkt der Botschaft beinhaltet die energetische Sanierung des Gebäudes. Das Depot wird als Energieschleuder bezeichnet. Es ist für alle klar, dass dieses Gebäude aus dem Jahre 1984 nicht mehr den heutigen energetischen Anforderungen genügt. Die Massnahmen in der Botschaft für die Erreichung eines guten Standards sind noch nicht überzeugend. Die Sanierung der Heizung und das Nachdämmen der Decke zeugen nicht von einer gesamtheitlichen Betrachtung. Die Stadt Arbon, die sich als Energiestadt bezeichnet, soll bei dieser Sanierung ein Zeichen setzen!

Für die SVP-Fraktion sind noch einige Fragen offen:

1. Wurde eine Sanierung nach den Minergie-Anforderungen geprüft?
2. Der Kanton erhöht hoffentlich morgen an der Grossratssitzung die Förderbeiträge für die Verbesserung der Gebäudehülle von gegenwärtig rund 600'000 Franken auf rund 7,5 Mio. Franken. Entsprechen die Massnahmen dieser Sanierung den Anforderungen für den Erhalt von diesen Förderbeiträgen?
3. Lohnt es sich längerfristig die vorhandene Heizung weiter zu betreiben? – Bei einer Sanierung der Außenhülle schwindet der Energieverbrauch. Wurden Alternativen wie eine Luft-Wasser-Wärmepumpe, Erdsonde, Solaranlage etc. überprüft?
4. Wie sind die Anforderungen bezüglich der Raumtemperatur im Depot? Wie wird diese Temperatur überwacht? Kann eine einfache, aber wirkungsvolle Temperatursteuerung die Energiekosten senken?

Wir von der SVP-Fraktion haben noch zu viele offene Fragen. Eine Überprüfung der Botschaft von einer Kommission ist sinnvoll, zudem auch die Investition von Fr. 650'000.— nicht alltäglich ist. Die SVP ist für die Sicherheit, dazu gehört auch die Feuerwehr. Wir sind grundsätzlich für die Sanierung. Diese Sanierung soll aber vernünftig und vorbildlich ausgeführt werden. Wir von der SVP-Fraktion bitten Sie, dem Antrag des Büros auf Bildung einer 5er-Kommission zuzustimmen.

:/:

Dem Antrag auf Bildung einer 5er-Kommission wird mit 27 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Präsident Konrad Brühwiler: Wir kommen zur Kommissionsbildung. Ich bitte die Fraktionspräsidenten um ihre Vorschläge.

Max Gimmel, FDP/DKL-Fraktion: Wir schlagen aus unserer Fraktion Werner Keller und Konradin Fischer als Kommissionsmitglieder vor. Wir möchten aber auf das Präsidium verzichten, da in unserer Fraktion doch familiär Beteiligte der Feuerwehr sehr zahlreich sind.

Roman Buff, CVP/EVP-Fraktion: Wir schlagen aus unserer Fraktion Kaspar Hug vor. Er würde schlimmstens auch das Präsidium übernehmen.

Erica Willi-Castelberg, SP: Wir schlagen Ueli Troxler vor. Er würde das Präsidium übernehmen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Unser Mann in der Kommission ist klar Andreas Brüschiweiler. Er ist dankbar, wenn sonst eine kompetente Person das Präsidium übernimmt weil er erstens als Feuerwehrmann ein Stück befangen ist und zweitens von der Arbeit her das kaum bewältigen könnte.

Präsident Konrad Brühwiler: Damit ist die Kommission vollzählig. Ich lese Ihnen die vorgeschlagenen Mitglieder nochmals vor:

- Brüschiweiler Andreas, SVP
- Fischer Konradin, FDP
- Hug Kaspar, CVP
- Keller Werner, FDP
- Troxler Ueli, SP

://: **Die fünf vorgeschlagenen Personen werden einstimmig in die Kommission gewählt.**

Kaspar Hug, CVP: Ich verzichte zugunsten Ueli Troxler auf das Präsidium.

://: **Ueli Troxler wird einstimmig bei eigener Stimmenthaltung als Präsident dieser Kommission gewählt.**

Präsident Konrad Brühwiler: Die Kommission kann sich jetzt an die Arbeit machen. Sie hat dafür gut einen Monat Zeit.

3. Voranschlag 2008 der politischen Gemeinde Arbon

- Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Präsident Konrad Brühwiler: Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum Ralph Limoncelli und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Die Anträge des Stadtrates und der FGK sind Ihnen vorgängig bekannt gegeben worden. Während der materiellen Beratung sind Sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte vorab darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Eintreten

FGK-Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Die FKG konnte mit wesentlich weniger Aufwand als in den bisherigen Jahren den Voranschlag 2008 des Stadtrates zuhanden des Parlaments prüfen. Dies liegt sicherlich nicht zuletzt daran, dass alle Beteiligten mittlerweile über eine gewisse Routine und mehr Know-how als am Anfang verfügen. Wesentlicher Bestandteil der Arbeit der FGK war einmal mehr das Treffen mit den einzelnen Stadträten, welche die Fragen der FGK kompetent beantwortet haben. Wir möchten dem Stadtrat für die angehme und auch sehr interessante Zusammenarbeit bestens danken.

Die Prognosen im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleiches – abgekürzt NFA – sind positiv. Die Stadt Arbon rechnet mit einer Entlastung des Budgets 08 von Fr. 454'000.— im Vergleich zum Budget 2007 oder im Vergleich zur Rechnung 2006 mit rund Fr. 275'000.—. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass es nicht nur Entlastungen zugunsten der Gemeinde gibt, sondern auch neue finanzielle Aufgaben auf die Stadt zukommen. Dabei sind die Ausgaben für Spitex, Pro Senectute und die individuellen Prämienverbilligungen der Krankenkassen selbstverständlich nur Schätzwerte und hängen von äusseren nicht beeinflussbaren Faktoren ab. Begrüsst wurde von der FGK die Einführung von Memopositionen. Die Memopositionen zeigen Projekte auf, die nur allenfalls – je nach Stand des konkreten Projektes – im Jahr 2008 realisiert werden. Damit hat der Stadtrat auf die Rügen der FGK reagiert, es seien zu viele Projekte im Investitionsplan enthalten, welche mit grosser Wahrscheinlichkeit gar nicht im entsprechenden Jahr umgesetzt werden könnten. Dies darf aber nun nicht dazu führen, dass damit der Investitionsplan verfälscht wird. Sollte sich herausstellen, dass alle Memopositionen im Umfang von Fr. 900'000.— realisiert werden, wäre dieses Mittel wohl nicht tauglich.

Das Globalbudget Kulturförderung – das ist die Position 1300 – wurde um Fr. 15'000.— erhöht, da das Stadttheater St. Gallen in den kommenden zwei Jahren mit jeweils Fr. 30'000.— unterstützt werden soll. Damit soll dessen Betrieb für die nächsten zwei Jahre sicher gestellt werden. Danach ist die Finanzierung durch NFA-Gelder des Kantons St. Gallen vorgesehen. Ab 2010 entfällt damit die Beteiligung der Stadt Arbon am Stadttheater St. Gallen. Die FGK kommt daher mehrheitlich zum Schluss, diese Position – so wie vom Stadtrat vorgeschlagen – zu belassen.

Viele vorgesehene Projekte des Budgets 2008 stehen im Zusammenhang mit dem neuen Verkehrskonzept im Rahmen der neuen Verkehrsführung und deren Auswirkungen zum Beispiel auf die Altstadt Arbon. Für die FGK stellt sich jedoch die Frage, ob bereits im nächsten Jahr mit dem Freiraumkonzept für die Altstadt begonnen werden muss oder ob dies nicht sogar verfrüht ist.

Den Ausbau der sogenannten aufsuchenden Jugendarbeit, bei der die Prävention im Vordergrund steht, heisst die FGK ebenfalls mehrheitlich gut. Bisher gehen die Mitarbeiter der Rondelle 20 % auf die Strasse, nach der Aufstockung soll diese Art Jugendarbeit 70 % ausmachen, ohne dass die Rondelle geschlossen wird.

Stellenaufstockungen sind zudem in der Bauverwaltung, im Steueramt und in der Abteilung Einwohner und Sicherheit vorgesehen. Während die Begründung in der Abteilung Einwohner und Sicherheit bei einer internen Reorganisation liegt, fällt beim Steueramt aufgrund sämiger Zahler und Zahlerinnen mehr Arbeit an. Nicht völlig nachvollziehbar für die FGK ist die Aufstockung in der Abteilung Bau. Offenbar reichen die bisherigen Massnahmen nach wie vor nicht aus, um die Arbeiten zu erledigen. Hier ist nach Ansicht der FGK nach weiteren Lösungen zu suchen. Sicherlich kann nicht einfach jedes Jahr mit einer Stellenaufstockung reagiert werden.

Die Stadt Arbon will sich zudem neu mit einem Beitrag von Fr. 42'000 am EZO Romanshorn beteiligen. Die Beteiligung am Betriebsdefizit durch die Stadt Arbon soll Signalwirkung auf die anderen Aussengemeinden haben. Ohne Beteiligung der Aussengemeinden ist der Betrieb gefährdet. Private und Schulen aus Arbon profitieren aber von dem nahen Angebot. Die FGK hat daher dem Beitrag einstimmig zugestimmt.

Das vom Stadtrat vorgesehene Investitionsvolumen von 4.782 Mio. Franken wurde von der FGK dieses Mal nicht gekürzt. Die FGK hatte den Eindruck, dass die einzelnen Investitionen zum heutigen Zeitpunkt angebracht sind.

Das vorgelegte Budget 2008 erreicht einen Selbstfinanzierungsgrad von 58 Prozent. Das Ziel ist nach wie vor, einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zu erreichen.

Die FGK kam ebenfalls mehrheitlich zum Schluss, dass eine Reduktion des Steuerfusses um zwei Prozent auf 78 Prozent verantwortungsvoll und zweckmässig ist. Mit dieser angemessenen Reduktion wird zum einen die Trendwende in Arbon sichtbar gemacht und ein entsprechendes Zeichen gesetzt. Zum anderen besteht nicht die Gefahr, dass die vielen zukunftsweisenden Projekte gebremst werden. Sollte der positive Trend weiter derart anhalten, können weitere Steuerfusssenkungen vorgenommen werden.

Abschliessend bedanke ich mich bei meinen Kommissionskolleginnen und –kollegen ganz herzlich für die konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit. Ein spezieller Dank geht auch an den Stadtrat und die Abteilungsleiter, insbesondere Ralph Limoncelli, der uns auch wieder sehr unterstützt hat, und am heutigen Abend auch an Bernhard Egli, die beide hier anwesend sind.

Die FGK beantragt Ihnen einstimmig – trotz Obligatorium – auf den vorliegenden Voranschlag 2008 einzutreten.

Werner Keller, FDP: Wir von der FDP/DKL-Fraktion möchten uns beim Stadtrat und der Verwaltung bedanken für die seriöse Vorbereitung der Budgetunterlagen. Wir denken, dass die Stadt Arbon gut auf Kurs ist. Deshalb sind wir vom Parlament gefordert, weiterhin massvoll die nötigen Investitionen zu tätigen. Wir sind eine Zentrumsstadt und haben die Pflicht, unsere Standortattraktivität sinnvoll zu erhöhen.

Von der FGK wurde das Budget 08 Konto um Konto bei allen Ressorts hinterfragt. Ein Fragenkatalog, mit nur noch 36 Positionen, konnte dem Stadtrat unterbreitet werden. Anstelle von linearen Kürzungen wurden gezielte Eingriffe vorgenommen. Was einer positiven Arboner Stadtentwicklung wohl kaum dienen würde, ist die Streichung der Position Verkehrs- und Freiraumkonzept.

Wir dürfen uns die Entwicklung nicht selber verbauen. Denken und investieren wir in die Zukunft, denn mit den überdurchschnittlichen Bautätigkeiten in Arbon sehen wir ein klar steuerliches Wachstum, und das müssen wir weiterhin generieren.

Die Mehrheit der FDP/DKL-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich die von der FGK und vom Stadtrat empfohlene Steuerfussreduktion von 2%.

Sehen wir doch die Chancen von Arbon, mit unseren bekannten Standortvorteilen und glauben an die Zukunft!

Bernhard Bertelmann, SP: Die Fraktion der SP und Gewerkschaften ist mit dem Budget zufrieden. Der Stadtrat hat eine sehr gute Arbeit gemacht und ein Budget vorgelegt, das in vielen Bereichen optimiert worden ist. So haben wir jetzt die erfreulich Tatsache, dass wir nach der Überarbeitung durch die FGK bei sinkendem Steuerfuss praktisch ein ausgeglichenes Budget haben.

Es gibt noch weitere positive Aspekte:

- Die Steuerkraft in Arbon steigt – und damit der Steuerertrag
- Im Sozialbereich sind in den letzten Jahren Anstrengungen gemacht worden. Im Budget ist dies durch eine klare Strategie erkennbar. Wichtig scheint uns, dass im Bereich der Prävention und Integration investiert wird. Denn wenn dort gespart wird, werden die Ausgaben später zwangsläufig wieder steigen.
- Wir begrüssen auch die Unterstützung des Eissportzentrums in Romanshorn. Arboner Kinder und Jugendliche profitieren von dem nahen Angebot und erhalten die Möglichkeit für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Die Beteiligung am Betriebsdefizit des EZO durch die Stadt Arbon soll aber auch Signalwirkung für die Zusammenarbeit der Gemeinden im Oberthurgau haben.

Aus Sicht der SP und Gewerkschaften gibt es aber nicht nur Sonnenschein. Wenn wir in die Zukunft schauen, gibt es auch einige offene Fragen.

- Werden sich die Sozialausgaben tatsächlich im erhofften Rahmen entwickeln? Alle Anstrengungen sind vergeblich und die Kosten werden wieder steigen, wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtert.
- Es sind sehr viele Investitionen geplant, die mit Darlehen finanziert werden müssen. Es ist vorgesehen, in den nächsten vier Jahren Darlehen von 10 Mio Franken aufzunehmen. Dies bedeutet, dass wieder vermehrt Zinsen bezahlt werden müssen, dies in einem Umfeld steigender Zinsen. Seien wir uns bewusst: bis jetzt haben wir vor allem geredet und geplant – die grossen Kosten kommen erst!
- Eine direkte Auswirkung bzw. ein Vorbote dieser bevorstehenden Investitionen sind die hohen Planungs- und Projektierungskosten, auf welche wir im vorliegenden Budget überall stossen.

Sicher bringen die vielen Vorhaben auch für die Verwaltung einen grossen Aufwand. Es sind daher auch teilweise Stellenaufstockungen vorgesehen. Aus unserer Sicht moniert die FGK hier zu Recht, dass nicht nur mit Stellenaufstockung reagiert werden darf, bzw. mit Vergabe von Aufträgen an Dritte. Es wäre sicher dienlich, wenn speziell geforderte Abteilungen wie die Abteilung Bau, einer grundsätzlichen Analyse unterzogen würden, damit die Verwaltung für die bevorstehenden grossen Aufgaben gut gerüstet ist.

Zum Steuerfuss:

Wenn jemand grosse Investitionen plant, wie wir sie jetzt in Arbon vorhaben, dann sollte frühzeitig darauf geachtet werden, dass das Geld auch vorhanden ist. Eine Steuernenkung muss daher gut überlegt werden.

Nach Abwägen aller Faktoren unterstützt die Fraktion der SP und Gewerkschaften die vom Stadtrat vorgesehene und von der FGK bestätigte 2%ige Steuernenkung als positives Signal und möchte es ermöglichen, dass Stadtrat und Verwaltung den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen können. Die 2% erachten wir aber als oberes Limit, dies angesichts der erwähnten bevorstehenden Investitionen und auch angesichts der aktuellen Wirtschaftsprognosen, die nicht mehr so rosig sind, wie noch vor kurzem.

Noch eine Anmerkung:

Es läuft sehr viel in Arbon. Für die Arbonerinnen und Arboner ist es schwierig, die Übersicht über den Stand der einzelnen Projekte zu behalten: Wo stehen wir beim Berufsschulhaus, beim Kappeli, beim Strandbad, bei der neuen Kantonsstrasse, bei der IGA oder dem Nachfolgeprojekt etc.

Es wäre sehr praktisch, wenn an einem zentralen Ort Informationen über den aktuellen Stand, die weitere Planung oder die zuständigen Personen/Gremien eingesehen werden könnten. Mit dem heutigen Stand der Technologie sollte es eigentlich kein grosser Aufwand sein, auf dem Internet eine solche Informationsseite aufzuschalten. Die Bürgerinnen und Bürger würden es danken.

Die Fraktion der SP und Gewerkschaften beantragt Eintreten.

Remo Bass, CVP: Vieles wurde von meinen Vorrednern schon erwähnt. Nichtsdestotrotz, wieder ist ein Jahr verflossen und dem Parlament liegt das neue Budget vor. Die CVP/EVP hat sich intensiv damit auseinandergesetzt. Wir möchten dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und der FGK für die gute Arbeit danken.

Die Neugestaltung des Finanzausgleiches und damit die Aufgabenteilung mit einer voraussichtlichen Entlastung im Budget 2008 von Fr. 454'000.— stimmen uns zuversichtlich.

Was zu bedenken gibt, ist die personelle Aufstockung in der Bauverwaltung, im Steueramt und in den Einwohnerdiensten. Die Reorganisation mit einer besseren Qualität und Effizienz ohne Personalaufstockung ist wohl fehlgeschlagen. Schon im letzten Jahr war dies ein Thema. Es kann nicht sein, dass die Verwaltung stetig wächst, mit der Begründung, es falle immer mehr Arbeit an.

Die CVP/EVP-Fraktion spricht sich mehrheitlich für eine Steuerfusssenkung von 4 % aus. Das Sparpotenzial scheint uns noch nicht ausgeschöpft zu sein. Vereinzelte Fragen werden noch in der Detailberatung gestellt. Unsere Fraktion teilt die Meinung der FGK und ist für Eintreten.

Elisabeth Tobler, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Stadtrat und dem Stadtpersonal für das erstellte Budget und die ausführlichen Erläuterungen. Es wäre für die SVP wünschenswert, wenn auch bezüglich der Zielsetzungen im Finanzhaushalt genauere Auskünfte in den Kommentar aufgenommen würden.

Der geringe Aufwandüberschuss des Voranschlages 2008 von Fr. 134'850.— zeigt uns deutlich, dass der Zeitpunkt für eine Steuerfusssenkung nun gekommen ist. Der Stadtrat rechnet mit dem um 2 % reduzierten Steuerfuss nicht mit weniger Steuerertrag. Er geht also im 2008 klar von einer höheren Steuerkraft aus. Auch in der laufenden Rechnung 2007 wird wieder ein erhebliches Plus resultieren, trotz der Rückzahlung eines grösseren Steuerbetrages.

Laut Ressortchef Finanzen Patrick Hug sind ca. 3,4 % Mehreinnahmen prognostiziert. Allein schon aus diesem Grund ist eine Steuerfusssenkung um 4 % mehr als realistisch, ohne dass die Stadt in ihrer Entwicklung massiv gehemmt wird. In den umliegenden grossen Städten wird überall der Steuerfuss gesenkt, Amriswil um 6 %, Weinfelden um 5 % und auch in Romanshorn wird eine Steuerfusssenkung vorgenommen. Wir sollten einen Teil unserer Standortattraktivität – und das ist nun einmal auch der Steuerfuss – in ähnlichem Rahmen wie Amriswil und Weinfelden senken, jetzt wo die Möglichkeit dazu besteht. Wir stehen dann immer noch am Schluss dieser Liste der grossen Gemeinden, allerdings mit weniger grossem Abstand.

Wir haben einerseits durch zusätzliche Abschreibungen eine Entlastung von 200'000 Franken sowie durch die Minderabschreibungen infolge Verschiebung einer Liegenschaft ins Finanzvermögen nochmals 100'000 Franken. Dies ergibt zusammen wiederum mehr als 1,5 Steuerprozent. Auch die NFA-Gelder – die eine Entlastung von Fr. 454'000.— bringen – sind nochmals mindestens 1 %, wenn wir die höheren Kosten berücksichtigen. Es ist deshalb angezeigt, die Steuerfusssenkung auf 4 % anzusetzen. Es gibt dann innerhalb des Budgets immer noch Spielraum genug für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Stadt. Dazu tragen auch weitere Budgetpositionen bei, die wie in den letzten Voranschlägen mehr Sparwillen des Stadtrates hätten zeigen können. Insbesondere im Bereich Planung sind wiederum sehr hohe Beträge aufgenommen worden. Ins Gewicht fallen dann eben „Nice to have-Positionen“, auch solche, die nicht so rasch realisiert werden können und somit auch nicht auf Vorrat geplant werden sollten. Die finanziellen Ressourcen sind der eine Grund für ein Masshalten, aber nicht zu unterschätzen sind die personellen Ressourcen. Dies zeigt deutlich die Stellenaufstockung in der Abteilung Bau. Dort entstehen Fixkosten, die später kaum mehr reduziert werden. Bereits anlässlich des letzten Budgetkommentars haben wir angemahnt, dass nur Positionen, die wirklich auch realisiert werden können, aufgenommen werden dürfen. Es ist äusserst komfortabel, wenn man freie Hand hat und möglichst viel Gelder zur Verfügung stehen. Dies hat jedoch nicht erste Priorität. Entwicklung der Stadt ist nicht nur Planung, sondern Umsetzung. Nur die konkrete Umsetzung ist ein wirklicher Mehrwert für die Bewohner von Arbon. Erfreulich ist die Entwicklung in den sozialen Diensten und die SVP steht einstimmig hinter dem Projekt aufsuchende Jugendarbeit. Auch die Mitfinanzierung am regionalen EZO gehört zur regionalen Jugendarbeit und wird von der SVP begrüsst. Bei der Globalposition Kulturförderung legt die SVP Wert darauf, dass durch den Betrag, welcher für das Stadttheater auswärts gegeben wird, die örtlichen Vereine nicht benachteiligt werden.

Die Investitionen sind mit 4,782 Mio. nicht mehr so hoch wie im letzten Budget. Wir sind nun gespannt, ob in diesem Jahr die Investitionen tatsächlich getätigt werden. Im laufenden Jahr wurden gemäss Hochrechnung nur gerade 1,8 Mio. beansprucht. Dies ergibt dann auf die Rechnung wiederum geringere Abschreibungen in der Höhe von Fr. 240'000.—.

Vom Finanzplan haben wir Kenntnis genommen. Er zeigt klar auf, dass im Zusammenhang mit dem Saurer WerkZwei die Verkehrsfragen Investitionen hervorrufen, die allerdings auch vom Kanton und allenfalls vom Bund mitfinanziert werden.

Bei der geplanten Hafenerweiterung ist noch offen, ob diese dann tatsächlich die Volksabstimmung passieren wird. Wie schnell die aufgeführten Positionen dann umgesetzt werden, wird sich zeigen.

Die SVP unterstützt die Kürzungsanträge der FGK und beantragt eine Steuerfusssenkung um 4 %, was wir als absolut realistisch beurteilen. Damit wird eine kontinuierliche Entwicklung von Arbon nicht verhindert und die Standortattraktivität ist weiterhin gegeben. Der Stadtrat sollte sich bewusst sein, dass nicht die ganze Entwicklung innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre möglich ist.

Andrea Vonlanthen, SVP: In diesem Zusammenhang zwei Fragen an den Stadtrat. Die erste Frage betrifft die Lohnentwicklung. Es ist erstaunlich, dass im Rahmen dieser Budgetdebatte keine Angaben gemacht werden zu

den Löhnen des nächsten Jahres. Es ist sonst üblich, dass dazu konkrete Angaben gemacht werden, weil doch die Personalkostenentwicklung in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist. Mir fällt nur auf, dass neu der Personalkostenanteil in Arbon 28 % betrifft, in Amriswil z.B. nur 23,5 %. Die Personalkosten nehmen also in Arbon einen relativ hohen Anteil in Anspruch und da würde es mich wundernehmen, wie es im nächsten Jahr mit den Löhnen steht.

Zweite Frage Steuerfuss: Der Stadtrat will 2 % senken. Man weiss, dass die Oberstufe nach Geld lechzt und eine 2%ige Steuererhöhung wünscht. Frage: Gibt es Absprachen zwischen Stadt und Oberstufe. Soll der Bürger in Arbon wirklich entlastet werden oder ist nur eine Umlagerung geplant? Auch von daher wären die 4 % wahrscheinlich sehr angebracht.

Stadtrat Patrick Hug: Für Ihre Voten zum Eintreten auf das Budget 2008 der Stadt Arbon möchte ich mich bedanken. Die positive Wirtschaftsentwicklung und die Auswirkungen des Neuen Finanzausgleichs (NFA) haben ganz entscheidend dazu beigetragen, dass Ihnen der Stadtrat bei einem praktisch ausgeglichenen Voranschlag eine Steuerfussreduktion von 80 auf 78 Prozent vorschlagen kann.

Alleine vom NFA profitiert die Stadt Arbon mit netto 454'000 Franken. Darüber hinaus partizipiert sie an den Einnahmen aus den Strassenverkehrssteuern mit einem Anteil von 214'000 Franken.

Die Reduktion des Steuerfusses um 2 Prozentpunkte hat Mindereinnahmen von 390'000 Franken zur Folge. Der Stadtrat spricht sich aufgrund der aktuellen Finanz- und Investitionsplanung zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine weiter gehende Steuerfussreduktion aus. Jenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, allen voran der SVP, die sich für eine grössere Senkung aussprechen, möchte ich zu bedenken geben, dass sich die Investitionsvorhaben der Stadt in den nächsten vier Jahren auf jährlich rund 5 Mio. Franken belaufen.

Zum Votum von Elisabeth Tobler: Die aus der Steuerfusssenkung von 2 Prozentpunkten resultierenden Mindereinnahmen von rund 400 000 Franken fehlen auch in den Planjahren 2009 bis 2011. Der Finanzplan 2009 bis 2011 rechnet bei einem Steuerfuss von 78 Prozent mit jährlichen Defiziten zwischen 300'000 und 700'000 Franken.

Zum Votum von Bernhard Bertelmann: In der Zeitspanne 2000 bis 2007 hat die Stadt Arbon 16,9 Mio. Franken an Darlehen zurückbezahlt und damit die Verschuldung wesentlich reduziert. Aufgrund der hohen Nettoinvestitionen in der Investitionsplanung muss nun aber erstmals seit 1999 wieder neues Fremdkapital aufgenommen werden, da der Cashflow aus der Laufenden Rechnung nicht ausreichen wird. Die aktuelle Planung geht davon aus, dass in den kommenden Jahren wieder neue Darlehen in der Höhe von rund 10 Mio. Franken aufgenommen werden müssen, was natürlich auch Auswirkungen auf den Selbstfinanzierungsgrad haben wird.

Der Stadtrat möchte sich für die offene und konstruktive Zusammenarbeit mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) bedanken. Es erfüllt ihn mit grosser Genugtuung, dass die FGK – wie auch die SP, eine Mehrheit der FDP/DKL-Fraktion und eine Minderheit der CVP/EVP-Fraktion – nach eingehender Prüfung des Budgets zum Schluss kommen, eine Reduktion des Steuerfusses um 2 auf 78 Prozent sei verantwortungsvoll und zweckmässig. Der Stadtrat teilt die Ansicht der FGK vollauf, dass – ich zitiere – „mit dieser angemessenen Reduktion nicht die Gefahr besteht, dass die vielen zukunftsweisenden Projekte gebremst werden“. Noch eine kleine Korrektur möchte ich zur Aussage der FGK bezüglich der Memopositionen anbringen. Der Stadtrat führt diese seit dem Budget 2005, also seit mittlerweile vier Jahren.

Abschliessend noch ein Wort zur Laufenden Rechnung 2007 – und da kann ich die Prognose von Elisabeth Tobler bestätigen: Der Stadtrat hofft, den budgetierten Fehlbetrag von 765'750 Franken wesentlich reduzieren zu können.

Stadtammann Martin Klöti: Gehe ich richtig in der Annahme, dass ich jetzt diese Fragen von Andrea Vontanthen zu beantworten habe? Dann mache ich das gerne.

Zur Lohnentwicklung verhält es sich so: Der Stadtrat beschliesst immer in seiner letzten Sitzung im Dezember die entsprechenden Anträge des Lohnbudgets, d.h., wir müssen in Rechnung ziehen die Teuerung per Ende November. Wir haben jetzt im Voranschlag, den Sie vor sich haben, natürlich nur die Aufstockungen, die eine Veränderung erwirken können. Was der Stadtrat am 17. Dezember 2007 beschliessen wird ist die Teuerung, die interesseranterweise in den letzten vier Wochen hochgeschnellt ist, wie Sie sicher auch bemerkt haben. Die Teuerung muss man einrechnen. Wie weit der Stadtrat die volle Teuerung ausgleichen kann und will, steht noch offen. Auch unsere normalen Lohnerhöhungen wie die 0,8 individuell und die 0,2 individuell in Leistungsprämien, die werden alle dann diskutiert. Also kann ich Ihnen heute noch nicht sagen, wie viele Prozente die Lohnsumme zunehmen wird. Das ist die eine Antwort, die andere betrifft die Absprache mit den Schulkörperschaften. Hier pflegen wir einen ganz regelmässigen Dialog. Einmal im Quartal treffe ich mich mit den Präsidenten der andern Schulkörperschaften und wir haben zwei explizite Beratungen gehabt um die Finanzen in

Gegenwart von Patrick Hug. Wir haben nämlich angestrebt, dass alle Schulkörperschaften von der gleichen Zunahme des Steuerertrags ausgehen. Da nun aber die Oberstufe natürlich gemeindeübergreifend ist, gibt es dort Abweichungen. Zum Beispiel die Gemeinde Roggwil hat durch Freidorf wohl einen etwas höheren Zugang zu erwarten als die Stadt Arbon als Gemeinde. Und damit ist zu vermuten – es ist noch nicht endgültig bestimmt –, dass trotz des grösseren Bedarfs der Sekundarschulgemeinde, diese ihre Steuern nicht dringend zu erhöhen braucht. Wir haben appelliert an die Behörde, sie möchte sich doch bitte genau so verhalten wie wir, dass es eben nicht plötzlich Ungleichheiten gibt und eine Körperschaft muss ihre Steuern erhöhen, die andere kann sie senken. Wir sind bestrebt, das zu harmonisieren, aber Sie müssen auch respektieren, dass diese Körperschaften eigenständig zu beschliessen haben und dürfen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Eintreten ist obligatorisch.

Detailberatung

Präsident Koni Brühwiler: Ich möchte Ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

1. Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitgliedes abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.
2. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den Sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.
3. Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat, wenn also seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten als unbestritten und damit als angenommen.
4. zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.

Gibt es hierzu allgemeine Bemerkungen ?

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Laufende Rechnung

FGK-Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Ich möchte vorab einen Ordnungsantrag stellen. Ich beantrage, dass wir über alle Korrekturen betreffend Kranken- und Unfallversicherung in globo abstimmen. Dabei handelt es sich um die Konten und auch die Ihnen bereits vorliegenden Anträge der FGK:

Konto Nr. 1028.3050 Bauverwaltung mit minus Fr. 3'400.—
Konto Nr. 1029.3050 Werkhof mit minus Fr. 13'300.—
Konto Nr. 1340.3050 Sportanlagen mit minus Fr. 600.—
Konto Nr. 1343.3050 Bootshafen mit minus Fr. 900.—
Konto Nr. 1621.3050 Parkierungsanlagen/Blaue Zone mit minus Fr. 300.—

Alle Bereiche, in denen das Personal SUVA versichert ist, wurden irrtümlich zu hoch budgetiert. Es handelt sich also um einen reinen Rechnungsfehler und damit um eine notwendige Korrektur, die wohl zu keinen Diskussionsanlass geben dürfte. Nicht Bestandteil dieses Antrages ist die Position Schwimmbad, wo ebenfalls eine Position 3050 enthalten ist, aber hier kommt dann noch eine andere Begründung dazu.

::: **Dem Ordnungsantrag wird einstimmig zugestimmt.**

::: **Der Korrektur dieser Konten um den oben angegebenen Betrag wird einstimmig zugestimmt.**

10 Allgemeine Verwaltung

1011 Gemeinde: Konto-Nr. 1011.3102 Abstimmungsmaterial, Botschaften, Inserate

Andrea Vonlanthen, SVP: Hier sind Fr. 55'000.— eingesetzt, Fr. 6'000.— mehr als im Budget 07 und Fr. 18'000.— mehr als in der Rechnung 06. Wir beantragen Ihnen, diese Position um Fr. 15'000.— zu kürzen. Begründung: Wir haben ein sehr intensives Wahl- und Abstimmungsjahr hinter uns mit Stadtratswahlen, Parlamentswahlen, Nationalratswahlen, Asylgesetz-Abstimmung, Einbürgerungsgesetz-Abstimmung – intensiver kann das Abstimmungs- und Wahljahr im nächsten Jahr gar nicht ausfallen. Im Gegenteil – so intensiv wie im 07 wird es nicht sein. Dazu kommt, dass eine Volksabstimmung IGA 2017 wie hier aufgeführt sehr, sehr unrealistisch ist. Wir wissen, dass die IGA im ursprünglichen Sinn und Geist geplatzt ist und es daher sehr unwahrscheinlich ist, dass eine Nachfolgeveranstaltung schon im nächsten Jahr zu einer Abstimmung führt. Wir denken auch, dass das ein Beispiel ist dafür, dass bei sehr vielen Positionen wirklich mit dem grossen Löffel – ich sage nicht mir der grossen Kelle – aber mit dem grossen Löffel angerichtet wird und wir möchten hier ein Beispiel setzen (man müsste viele) und hier sagen nein, bitte nicht derart Hochglanzprojekte, sondern wir möchten das in einem realistischen Mass und beantragen deshalb die Kürzung um Fr. 15'000.— auf Fr. 40'000.—.

Stadtammann Martin Klöti: Vielen Dank Andrea Vonlanthen. Ich möchte gerne Folgendes erklären hiezu. Bedenken Sie, dass wir mit dem Budget bereits im Juni beginnen und dass wir natürlich einen Horizont ins Auge fassen müssen, der möglichst alles beinhaltet was ansteht. Sie haben insofern Recht, dass wir jetzt seit zwei Wochen wissen, dass eine IGA in dieser Form nicht stattfinden wird und deswegen konnte das auch nicht in den Prozess der FGK einfließen.

Ich gebe Ihnen kurz eine Übersicht dieses Kontos, wie sich die Fr. 55'000.— zusammensetzen. Es sind vier Abstimmungen und Wahlen, das ist ein Betrag, den wir immer genau so eingesetzt haben mit Fr. 6'000.—, macht Fr. 24'000.—. Wir haben Druck- und Abstimmungsunterlagen für zwei Botschaften – eines davon war die IGA, das zweite der Hafen – mit insgesamt Fr. 16'000.—. Es sind Erfahrungswerte, dass man pro Botschaft Fr. 8'000.— einsetzen müsste. Hier also hätten wir schon die erste Möglichkeit, um Fr. 8'000.— zurückzufahren. Wir haben dann den Druck der Budgetunterlagen wie jedes Jahr mit Fr. 3'300.—, wir haben das Porto der Rückantwortsendungen wie jedes Jahr mit Fr. 3'600.— und wir haben eine Zählmaschine, und das ist tatsächlich eine neue Position, die leider ihren Geist aufgibt nach bald 20-jähriger Tätigkeit, mit Fr. 8'000.—. Also sind wir jetzt bei total Fr. 54'900.—. Ich wäre sehr gerne bereit, um Fr. 8'000.— zurückzufahren, alles andere wäre reine Willkür und würde wahrscheinlich diese Abstimmungs- und Wahlwochenenden nicht sonderlich zur Qualität verhelfen bzw. wir könnten die Unterlagen gar nicht drucken zu diesem Preis.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wenn ich den Stadtammann richtig verstanden habe, sind einmal bei der Abstimmungsbotschaft Fr. 8'000.— einzusparen und bei einer Abstimmung noch einmal Fr. 6'000.—, die wir nicht durchführen müssen, das macht zusammen doch Fr. 14'000.—. Ich denke, dass wir im Vergleich zu 06 wirklich nicht derart mehr ausgeben müssen. Ich möchte sehr beliebt machen, die Fr. 15'000.— wirklich einzusparen und dem Stadtrat hier eine kleine Aufgabe, eine kleine Knacknuss mitzugeben, da wirklich kostengünstig zu arbeiten.

Stadtammann Martin Klöti: Herr Vonlanthen, Sie meinen es ja sehr gut mit uns, dass wir uns hier Gedanken machen sollten und Sie uns beschäftigen möchten. Es ist aber nicht so, dass plötzlich in einem Jahr Abstimmungen ausfallen, denn Sie kennen vielleicht den eidgenössischen Kalender auch. Es gibt vier Abstimmungswochenenden und es gibt damit vier Abstimmungen, die wir durchführen müssen und sonst würde einfach irgendwo die Stadt Arbon nicht teilnehmen. Das geht halt leider schon nicht. Wir brauchen diese Fr. 6'000.— für die vier Wochenenden – so kreativ können wir nicht sein. Das sollten Sie uns lassen. Wir sind gerne bereit – weil wir keine IGA-Vorlage haben – diese Fr. 8'000.— zurückzufahren. Anderer Kreativität kann ich nicht folgen.

Präsident Konrad Brühwiler: Wenn ich den Stadtrat richtig verstanden habe, stellt er hiermit Antrag auf Reduktion um Fr. 8'000.—

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich will nicht auf Detailstreitereien eingehen. Aber ich würde vom Stadtrat erwarten, dass er bei anderen Positionen, bei denen sich die Verhältnisse geändert haben, von sich aus mit einer Kürzung kommt, jetzt während der Budgetdebatte. In dem Sinn ziehe ich meinen Antrag zugunsten der Fr. 8'000.— zurück.

Präsident Konrad Brühwiler:

Damit ist der Antrag des Stadtrates um Reduktion von Fr. 8'000.— unbestritten und somit genehmigt.

://

1028 Bauverwaltung: Konto-Nr. 1028.3010 Besoldungen

Andrea Vonlanthen, SVP: Hier geht es um den berühmten Beitrag für die Bauverwaltung, um die Stellenaufstockung. Die wurde jetzt verschiedentlich angesprochen und ich denke, wenn diese Positionen derart Bauchweh verursachen überall, dann müssen wir auch konkret werden. Wir beantragen hier eine Kürzung um Fr. 30'000.— Beantragt ist ja eine Stellenaufstockung um 40 % und diese Stellenaufstockung möchten wir verhindern mit diesem Antrag. Uns fällt einfach auf, wie stark die Personalzunahme in den letzten Jahren gerade in dieser Abteilung wirklich ist. Seit dem Jahr 02 wurde der Personalbestand dieser Abteilung um 50 % erhöht. Finanziell heisst das gegenüber der Rechnung 06 plus 34 %, gegenüber dem Budget 07 noch einmal plus 11,5 %. Neu hätten wir auf dieser Abteilung 830 Stellenprozente. Zum Vergleich Amriswil: Sehr vergleichbar, hat auf dieser Abteilung 500 Stellenprozente, also weit als 50 % weniger, Romanshorn gar nur 480 Stellenprozente. Da meinen wir schon bei diesen Vergleichen und bei diesen Verhältnissen dürfen wir einer solchen Aufstockung nicht einfach zustimmen. Wir müssen um Fr. 30'000.— reduzieren mit dem gleichzeitigen Auftrag an den Stadtrat, wirklich zu prüfen, ob auf dieser Abteilung effizient, gut und kostengünstig gearbeitet wird, denn die laufenden Stellenerhöhungen nähren doch den Verdacht, dass dem nicht unbedingt so ist. Antrag: diese Position ist um Fr. 30'000.— kürzen.

Stadtrat Reto Stäheli: In der Bauverwaltung haben wir eine Stellenaufstockung von 40 % vorgesehen. Wir haben dort etliche Baugesuche, die lange Durchlaufzeiten haben. Wir haben zur Zeit – innerhalb von zwei Wochen jetzt – aktuell 17 neue Baugesuche, die wir relativ schnell behandeln müssen. Das ist zunehmend. Wie schon einmal angetönt, wurde dieses Jahr pro Woche ca. eine Million verbaut. Wir haben auch sehr viele Behandlungen von Einsprachen – sprich Nachbarschaftsklagen – die beschäftigen uns auch und bringen uns nicht vorwärts. In der ganzen Liegenschaften-Verwaltung Rondelle, Seeparksaal haben wir jetzt alle Arbeiten zentralisiert und sind dort am hochfahren. Es gibt jetzt zum Teil sicher noch Spitzen, die wir aber innerhalb von 2008 mit diesen Personalaufstockungen abfangen wollen. Weiters wollen wir die Pension von Roland Löw vorbereiten. Dort müssen wir auch etwas unternehmen, damit der Übergang reibungslos verläuft. Wir wollen nicht ein Loch hinterlassen, damit wir die Mitarbeiter mit noch mehr Überstunden beladen müssen. Das ist der Grund. Ich kann Ihnen heute nicht sagen, ob wir die 40 Stellenprozente allenfalls in einem oder zwei Jahren wieder herunterfahren können. Aber es ist auch in meinem Interesse, dass wir hier auf eine gesunde Basis zurückkommen, aber ich muss zuerst die Ressourcen haben, um diese Spitzen zu brechen. Das sind zum Teil sehr viele Altlasten, und eine Altlast – wenn man sie als solche bezeichnen darf – ist auch das Beitrags-, Gebühren- und Abgabenreglement. Dieses Reglement beschäftigt eine Person seit einem halben Jahr in der Bauverwaltung nur mit Schreiben und Vorbereiten der ganzen Unterlagen. Es ist nicht so einfach, wie es von aussen aussieht, deshalb möchte ich beliebt machen, diese Stellenaufstockung im Budget zu belassen. Es ist auch in meinem Interesse, dass wir effizient und optimal arbeiten.

Max Gimmel, FDP: Ich bin auch der Ansicht, dass wir in der glücklichen Lage sind, dass wir in Arbon doch beträchtlich mehr Bauvorhaben haben als in Amriswil und in Romanshorn und somit eigentlich davon profitieren müssen. Meine Frage geht aber dahin an den Stadtrat: Wurde geprüft, ob anstelle einer Stellenerhöhung allfällige Arbeiten fremdvergeben werden könnten, die eine gewisse Spitze abdämpfen könnten, weil die Bautätigkeit in fünf Jahren sicher nicht gleich intensiv sein wird, wie sie vielleicht heute ist.

Stadtammann Martin Klöti: Ich erlaube mir, hier noch etwas nachzuführen wegen der Personalpolitik die wir haben und pflegen und die sich gerade in solchen Fachgebieten eigentlich niederschlagen sollte. Wenn man auf einer Abteilung Teilzeitstellen hat und gerade in einer so intensiven Phase am Arbeiten ist, dann ist eine 60 %-Stelle nicht optimal. Wir haben zwei 60 %-Stellen und die geben zusätzlichen Aufwand, damit die Aufträge überhaupt immer schön weiter fliessen können. Es zieht also immer einen Informationsaustausch nach sich. Von da her wäre anzustreben, dass wir wenigstens eine dieser Stellen nicht 60, sondern 100 Prozent hätten. Es geht wirklich darum, dass wir dort die Effizienz steigern. Durch das zusätzliche Volumen der Gebühren hat es in diesem Jahr natürlich einen zusätzlichen Arbeitsaufwand gegeben, den wir wieder auffangen müssen. Wir schieben also etwas vor uns her, was wir dringend wieder abarbeiten müssen. 40 % ist nicht viel und ich hoffe, Sie erinnern sich noch an die Beantwortung der zweiten Frage der Interpellation „Mehr Transparenz im städtischen Personalwesen“ betr. Entwicklung der Stellenbestände und Personalkosten in den letzten 10 Jahren in den einzelnen Abteilungen. Dort habe ich Ihnen gezeigt, dass wir sehr moderat gefahren sind. Die Besoldung hat nicht zugenommen im letzten Jahr. Von daher kann ich Ihnen versichern, dass diese 40 % gut angelegt sind.

Stadtrat Reto Stäheli: Lieber Max Gimmel, ich will noch die Antwort geben bez. Outsourcen. Ich bin darauf angesprochen worden anlässlich der Budgetsitzung, dass wir das Budget beim Teil Planungen und Kleinarbeiten von Fr. 20'000.— auf Fr. 30'000.— erhöht haben. Wir praktizieren das dort wo wir können. Kleine Projekte schauen wir mit Ingenieurbüros an und gliedern diese aus, was früher selber gemacht wurde. Das ist im ganzen Plan enthalten. Da lege ich selber die Hand darauf, dass das funktioniert.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Präsident Konrad Brühwiler: Da es sich um einen gleichrangigen Antrag handelt, wird in der Reihenfolge des Eingangs dieser Anträge abgestimmt.

1028 Bauverwaltung: Konto-Nr. 1028.3010 Besoldungen

://: Dem budgetierten Betrag des Stadtrates beim Konto 1028.3010 Besoldungen, lautend auf Fr. 797'000.—, wird mit 19 Stimmen zugestimmt.

://: Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, auf Reduktion um Fr. 30'000.— erhält 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

11 Öffentliche Sicherheit

--

13 Kultur und Freizeit

1300 Kulturförderung: Konto-Nr. 1300.36505 Beitrag an Konzert und Theater St. Gallen

Roland Schöni, SVP: Dem Bericht der FGK entnehme ich, dass das Globalbudget um Fr. 15'000.— erhöht wurde, und zwar geht es um das Budget Kulturförderung. Ich bitte euch, schaut euch einmal das Konto Nr. 1300.36505 an. Wie erwähnt wurde das Globalbudget um Fr. 15'000.— erhöht. Da das Stadttheater St. Gallen – ist die Begründung – in den kommenden zwei Jahren mit jeweils Fr. 30'000.— unterstützt werden soll. Damit soll dessen Betrieb sichergestellt werden, bevor dieser in zwei Jahren durch NFA-Gelder, d.h. durch den Neuen Finanzausgleich des Kantons St. Gallen volumnfänglich finanziert wird. Ab 2010 entfällt dann eine Beteiligung der Stadt Arbon.

Was ist mit diesem Budget passiert? Man hat den Betrag Kulturförderung einfach um Fr. 15'000.— erhöht, d.h., man hat den Betrag verdoppelt. Es ist nicht nachvollziehbar für die Mehrheit der SVP-Fraktion, dass man jetzt auf den Schluss hin noch so viel Geld nachschiesst. Wir stellen daher den Antrag, dass diese Position „Kulturförderung“ zu belassen ist, d.h. Streichung um Fr. 15'000.— auf den letzten Stand von Fr. 215'000.—. Ich möchte noch erwähnen, dass wir diesen Budgetposten letztes Jahr schon um 27 % erhöht haben.

Stadtammann Martin Klöti: Ich nehme gerne Stellung zu dieser Anfrage, die ich auch in diesem Sinne verstehen kann. Ich möchte aber hinten beginnen. Dieses Verändern im letzten Jahr hat auch mit Umlegungen zu tun, und das ist im letzten Jahr auch so von Ihnen akzeptiert worden.

Zum anderen – was das Konzert und Theater St. Gallen betrifft: Das ist tatsächlich für Sie etwas schwierig zu verstehen. Es gibt in dieser Situation eine Gemeinschaft aller Gemeinden des Kantons St. Gallen, der Thurgauer Gemeinden und Appenzell Ausserrhoden. Das ist ein Zusammenschluss, der nach einem Schlüssel dieses Theater, diese zentrale Funktion der Stadt St. Gallen unterstützt. Über viele, viele Jahre wurden nach diesem Schlüssel – Einwohner, Distanz – es sind viele Faktoren, die das dann zusammen errechnen lassen, Beiträge an Konzert und Theater St. Gallen geleistet. Jetzt ist die Situation diese, dass die Stadt Arbon nach diesem Schlüssel jedes Jahr eigentlich hätte Fr. 45'000.— zahlen müssen. Noch vor drei Jahren hat sie Fr. 15'000.— bezahlt, vor zwei Jahren ist man zurück auf Fr. 10'000.— und vor einem Jahr auf Null Franken gegangen. Dieses Jahr haben wir wieder die Fr. 15'000.— bezahlt und nun kommt diese Aufstockung auf Fr. 30'000.— Warum? Wir sind von der Direktion des Theaters inständig gebeten worden, welches jetzt diese Ausgleichszahlungen des Kantons St. Gallen – und nur noch des Kantons St. Gallen – bekommen kann für das Theater, diese Beträge jetzt wenigstens konform zu bezahlen – also nach diesem Schlüssel. Ich habe mich ausserstande erklärt, die Fr. 45'000.— ins Budget zu nehmen. Es wäre schlicht für Sie nicht zumutbar gewesen. Deswegen habe ich statt 45'000.— 30'000.— Franken aufgenommen, und zwar Fr. 30'000.— über die nächsten zwei Jahre. Danach entfällt der gesamte Unterstützungsbeitrag.

Warum macht man so etwas? Warum springt man jetzt nicht von Bord in den letzten zwei Jahren und lässt das Theater alleine? Das Theater läuft sehr gut, es hat einen sehr hohen Eigenfinanzierungsgrad – vergleichsweise in der Schweiz einer der höchsten mit 35 %. Es sind 160'000 Besucherinnen und Besucher, es sind 447 Vorstellungen gespielt worden, das ist für Arbon ein grossartiges Angebot. Wenn jetzt der NFA solche Unterstützungselder berechnet – das wissen Sie vom Kantonsrat – dann nimmt man immer die vergangenen drei bis fünf Jahre als Referenz. Wenn das Theater überleben soll, dann muss diese Referenzgrösse stimmen. Dann kann man jetzt nicht in den letzten Jahren verzichten, diese Beiträge in der vollen Höhe zu bezahlen, weil dann die Referenzgrösse natürlich sehr tief ausfällt. Wir sind daher von der Direktion inständig gebeten worden, diese Beiträge wie sie veranschlagt sind, weiter zu zahlen bis zum bitteren Ende – also noch zwei Jahre.

Trotz und alledem habe ich um Verständnis gebeten in St. Gallen bei allen anderen Gemeinden, dass wir die 45'000 Franken nicht bringen können und wollen, dass wir aber immerhin ein Zeichen setzen, indem wir für die nächsten zwei Jahre zweimal die 30'000 Franken bezahlen. Denken Sie daran, Sie haben immer weniger bezahlt als die solidarischen Beiträge der anderen Gemeinden waren. Denken Sie daran, dass Sie vor zwei Jahren total ausgesetzt haben. Wir haben in diesem Jahr immerhin die 15'000 Franken bezahlt. Ich finde es ein Gesetz der Fairness, hier diesen Betrag nun die zwei Jahre noch durchzustehen und damit ein Theater in der Nähe zu haben, das eine hohe Qualität hat. Es ist eine Talentschmiede, ein Viersparten-Theater, was eine sehr gute Figur macht und es hat mit unserem Standortvorteil zu tun, dass wir in St. Gallen ein Kulturangebot haben von erster Klasse. Das wären meine Ausführungen. Ich bitte um Verständnis, es war etwas ausführlich, aber ich kann verstehen, dass man aus der Zahl alleine so etwas nicht nachvollziehen kann.

Bernhard Bertelmann, SP: Jetzt einmal abgesehen von der Diskussion übers Stadttheater ist aus unserer Sicht Kultur ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und trägt zur Identifikation bei. Wir wären eigentlich der Meinung, dass die Kultur sogar noch mehr gefördert werden sollte. Wir machen jetzt aber keinen Antrag im Sinne von Martin Klöti, dass wir auf eine Erhöhung dieses Postens plädieren. Aber wir möchten einfach daran erinnern, dass Stadtbibliothek, Sinfonisches Orchester, Kunsthalle, Stadt- und Jugendmusik, Musikzentrum usw. eine unbelzahlbare Arbeit in vielen Bereichen leisten. Sie werten unsere Stadt auf. Neben dem Standortvorteil darf aber auch der positive Einfluss auf den Nachwuchs, z.B. von musikalischer Erziehung oder von einer Bibliothek nicht unterschätzt werden. Wir holen hier ein Mehrfaches von dem wieder heraus, was wir investieren. Daher sind wir gegen eine Streichung.

Der budgetierten Globalposition des Stadtrates von Fr. 230'000.— wird mit 25 Stimmen zugestimmt.

Der Antrag von Roland Schöni, das Globalbudget nicht zu erhöhen und auf Fr. 215'000.— zu belassen, erhält 4 Stimmen.

://: **Der Antrag des Stadtrates ist damit mit 25 : 4 Stimmen angenommen.**

1341 Schwimmbad: Konti Nr. 1341.3010 Besoldungen / 1341.3030 Sozialversicherungen / 1341.3050 Kranken- und Unfallversicherungen

FGK-Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Hier kommt es auch zu einem Kürzungsantrag von drei Positionen, und zwar 1341.3010 – das sind die Besoldungen, 1341.3030 – das sind die Sozialversicherungen und 1341.3050 – das sind wieder die Kranken- und Unfallversicherungen. Bei den Besoldungen ist der Antrag am höchsten, minus Fr. 18'600.—, bei den Sozialversicherungen minus Fr. 1'300.— und bei der Kranken- und Unfallversicherung Fr. 600.—.

Begründung: Die Aussenstellen wurden irrtümlich nicht – wie das eigentlich vorgesehen war – aus der Besoldung des Schwimmbades ausgeschieden. Anstatt dass man die herausgenommen hat wie vorgesehen, liess man sie drin. Diese sind also doppelt geführt im Budget, was nun von uns korrigiert werden muss, und daraus resultieren eben die von mir genannten Kürzungsanträge.

://: **Der Antrag der FGK ist unbestritten und damit diskussionslos genehmigt.**

1344 Strandbad: Konto Nr. 1344.3010 Besoldungen

Andreas Brüschiweiler, SVP: Der Stadtrat bearbeitet für das Standbad und den Camping ein neues Betriebskonzept mit dem Hauptziel, die Effizienz zu steigern – kurz erklärt: mit weniger Ausgaben gleichviel oder vielleicht sogar mehr Einnahmen zu generieren.

Ich komme zu den Ausgaben:

Die Stelle des ständigen Bademeisters wurde gestrichen – Kosten von rund 60'000 Franken werden eingespart. Die bisher geleistete Arbeit von Herrn Fehr wird nun mit Teilzeitangestellten ausgeführt – im Voranschlag mit 25'000 Franken erwähnt. Wir sparen bei den Besoldungen somit rund 35'000 Franken. Der Mehraufwand des Werkhofs noch nicht mit eingerechnet

Zu den Einnahmen:

In der Rechnung von 2006 betragen die Einnahmen des Strandbades knapp 94'000 Franken. Die budgetierten Einnahmen im Voranschlag 2008 sind 70'000 Franken. Wir haben also eine Verminderung der Einnahmen von rund 24'000 Franken gegenüber dem Jahr 06.

Also aufgepasst: Bei den Besoldungen sparen wir rund 35'000 Franken, bei den Einnahmen fehlen uns jedoch gegenüber des Jahres 2006 24'000 Franken in der Kasse. Es resultiert ein Plus von 11'000 Franken.

Ist hiermit das neue Betriebskonzept gerechtfertig? Streichung der Bademeisterstelle für eine Einsparung von rund 10'000 – 15'000 Franken? Die SVP-Fraktion verlangt diesbezüglich eine Erklärung.

Stadtrat Reto Stäheli: Wie du sicher feststellst, sind wir im Aufbau drin und wir können noch nicht abschliessend sagen, wie das Ganze sich im 2008 auszahlen wird. Es sind reine Budgetzahlen und wir sind zuversichtlich, dass wir die hinkriegen. Wir haben jetzt wie in der Gesamtrechnung auch ausgewiesen ist, noch mehr Investitionen drin, in der Sicherheit, Notrufsäulen und auch die Abschreibungen sind um einiges höher drin als bis jetzt im ganzen Teil. Auch mit den Lohnkosten werden wir sicher optimal hinkommen. Das ist einmal eine Annahme. Wenn wir 20'000 Franken weniger im Budget hätten, wäre das schön. Ich bin hier vorsichtig gewesen. Ich gehe lieber im 2009 noch etwas tiefer, wenn es wirklich so herauskommt. Das ist auch das Ziel.

Andreas Brüschiweiler, SVP: Wie sieht es denn aus mit dem Unterhalt? Es ist ja jetzt so vorgesehen, dass der Werkhof den Rasen mäht, die Geräte repariert usw. Wird dann noch im Werkhof Personal aufgestockt?

Stadtrat Reto Stäheli: Es ist heute schon so, dass die grossen Flächen durch den Werkhof gemäht werden. Das ist keine zusätzliche Arbeit dort. Auch die Geräte die dort sind, werden durch den Werkhof ausgetauscht. Die Arbeiten fallen heute schon an – es ist nicht etwas zusätzliches.

Andrea Vonlanthen, SVP: Diese doch relativ hilflosen Auskünfte des zuständigen Stadtrates zeigen vor allem eines, dass man bewusst auch Einnahmen tief einsetzt, um die Steuern nicht mehr senken zu müssen. Es gibt doch keinen Grund – wir haben jetzt mindestens keinen gehört – warum wir die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag 07 und der Rechnung 06 derart reduzieren müssen. Wir haben im nächsten Jahr die Euro mit sehr vielen zusätzlichen Gästen – auch in unserer Gegend – also da gibt es doch allen Grund, optimistisch zu budgetieren und die Einnahmen drastisch zu erhöhen. Ich bitte dazu um eine Auskunft

1. Warum sind die Einnahmen hier so tief gesetzt?
2. Wie steht es mit dem Betriebskonzept Strandbad / Schwimmbad? Was ist da der Stand?

Wir haben die Stellenausschreibung zur Kenntnis genommen. Wir hören seither nichts mehr. Leute, die sich beworben haben, die werden im Ungewissen gelassen. Wir wüssten gerne, welches da der Stand der Dinge ist.

Stadtrat Reto Stäheli: Wir sind in der Endausscheidung mit den Bewerbungen. Wir werden in der Woche nach dem 17. Dezember 2007 orientieren können. Wir können jetzt noch nichts veröffentlichen. In der Woche vor Weihnachten werden wir dort aus Stadtratsicht die Entscheidungen offen legen können, wie wir gewählt haben.

Was das Budget betrifft hatten wir im 2006 eine hohe Budgetzahl. Das laufende Jahr ist nicht mehr so hoch. Es hängt vom Sommer ab und schwankt. Das Bad von den Einnahmen her ist immer abgegrenzt. Wir haben dort keine Zählanlage, wo die Eintritte gezählt werden. Das sind immer Abgrenzungen und Annahmen, die wir dort zum Teil auch einsetzen. Eine prozentuale Aufteilung von den Abonnements. Die ganzen Abonnements sind dort immer eine Annahme.

Andreas Brüschiweiler, SVP: Wie ist denn die Vision vom neuen Betriebskonzept? Wie sieht Ihr denn die Einsparungen oder die Gewinnerhöhungen? Könnt Ihr das in Zahlen ausdrücken? Sind das 20'000 oder 100'000 Franken? Was rechtfertigt das neue Betriebskonzept?

Stadtrat Reto Stäheli: Das Ziel ist, dass wir Einsparungen zwischen 25'000 – 30'000 Franken werden realisieren können. Das ist bei mir auf dem Tisch. Das werden wir sicher nächstes Jahr nicht 1 : 1 übernehmen können, hier müssen wir hochfahren. Es wird sich zeigen, wie das ganze angeht, aber so in etwa sind unsere Vorstellungen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wir haben jetzt gehört, dass es Einsparungsbemühungen gibt aber wir haben nichts gehört zu zusätzlichen Einnahmen und die sind doch sehr wahrscheinlich. Ich gehe einmal davon aus, dass uns die Euro 08 sehr viele Touristen bringt – auch hier in der Region – d.h. zusätzliche Einnahmen auch für unsere Bäder. Ich gehe davon aus, dass ein neues Betriebskonzept auch heisst ein vernünftiges Marketingkonzept und wenn wir das machen für unsere Bäder, dann können wir auch mit zusätzlichen Einnahmen rechnen.

Ich beantrage Ihnen daher, die Budgetposition 1344.4341 die Einnahmen beim Strandbad um Fr. 20'000.— zu erhöhen – von Fr. 70'000 auf Fr. 90'000, dann sind wir noch nicht einmal beim Jahr 2006.

Der budgetierte Betrag von Fr. 70'000.— des Stadtrates erhält 12 Stimmen.

Der Antrag von Andrea Vonlanthen, diesen Betrag um Fr. 20'000.— auf Fr. 90'000.— aufzustocken, erhält 14 Stimmen.

://: **Der Antrag von Andrea Vonlanthen ist damit mit 14 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen**

14 Gesundheit

--

15 Soziale Wohlfahrt

1542 Kinder- und Jugendarbeit

Margrit Bollhalder Schedler: Die SVP Fraktion hat die Stellenaufstockung um 50% im Jugendbereich ausführlich diskutiert, nach verschiedenen Kriterien beurteilt und kommt zu folgendem Schluss:

Die Verlagerung von Prävention und Betreuung an die Orte, an denen die Zielgruppen – also Kinder und Jugendliche – ihren Alltag leben und ihre Freizeit verbringen, erhöht sowohl die Kontaktchancen als auch die Möglichkeit einer schnellen Intervention. Es schafft Querverbindungen zwischen den verschiedenen Behörden, Gremien sowie Fachstellen und öffnet Kanäle für präventive Vorhaben – wir sehen diese Kriterien als konstruktive Ergänzung der jetzigen Jugendarbeit.

Insbesondere begrüssen wir, dass durch bessere Koordination und stadtinterne Vernetzungen der verschiedenen Aktivitäten zu Gunsten von Jugendlichen neue Synergien geschaffen, Lücken erfasst, Ideen entwickelt und Impulse an die entsprechenden Stellen weitergegeben werden können.

Der SVP Fraktion ist es wichtig, dass sich Arbon für Kinder und Jugendliche engagiert und diese bei Bedarf Hilfe und Unterstützung finden. Sie unterstützt deshalb einhellig die Stellenaufstockung im Bereich der Jugendarbeit um 50%. Wir gehen davon aus, dass sich diese Massnahme mittelfristig positiv auf die Kinder- und Jugendarbeit auswirkt.

Um die Wirksamkeit dieser Stellenaufstockung zu überprüfen, lädt die SVP-Fraktion den Stadtrat ein, in zwei Jahren dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, in wie weit die gesetzten Ziele erreicht worden sind.

Wir danken an dieser Stelle dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sozialen Dienste für ihr Engagement im Bereich der Jugendarbeit

16 Verkehr

1620 Gemeindestrassen: Konto-Nr. 1620.4800 Entnahme aus Spezialfinanzierung

FGK-Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Diese Position hängt zusammen mit der Position 1620.31451 die Tempo-30-Zonen. Ausgaben für die Tempo-30-Zonen wurden regelmässig durch Entnahme aus der Spezialfinanzierung gedeckt, was aus Sicht der FGK auch zweckmässig ist, weshalb wir Ihnen hier einen entsprechenden Antrag auf Entnahme dieser Summe von Fr. 20'000.— stellen, d.h. die Habenposition würde sich ebenfalls um Fr. 20'000.— erhöhen und die Sollposition, die ich vorhin genannt habe, würde damit neutralisiert werden.

://: **Der Antrag der FGK wird stillschweigend genehmigt.**

17 Umwelt und Raumordnung

1790 Raumordnung: Konto-Nr. 1790.3181 Planungen, Kostenvoranschläge, Gutachten

FGK-Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Einmal können bei dieser Position Fr. 10'000.— gekürzt werden, weil die Signaletik auf das übernächste Jahr verschoben werden soll, und dann ist für das neue Verkehrs- und Freiraumkonzept Altstadt Fr. 30'000.— vorgesehen und für ein Plakatierungskonzept, welches aufgrund der Kündigung der APG gebraucht wird, sind Fr. 15'000.— vorgesehen. Überdies soll ein Stadtmodell erstellt werden und die Stadt hat hierfür Fr. 30'000.— vorgesehen, während der Rest durch Dritte gesponsert werden soll.

Eine Mehrheit der FGK ist zur Ansicht gelangt, dass eine Planung in der Altstadt verfrüht ist, da noch nicht konkret oder in naher Zukunft feststeht, wie die neue Kantonsstrasse geführt und wann sie realisiert wird. Daraus

resultiert ein weiterer Kürzungsantrag von Fr. 30'000.— zu dem bereits bestehenden von Fr. 10'000.—. Insgesamt soll damit diese Position um Fr. 40'000.— auf Fr. 45'000.— gekürzt werden.

Konrad Fischer, FDP: Die Mehrheit der FGK hat Fr. 30'000 für das neue Verkehrs-/Freiraumkonzept gestrichen. Die Mehrheit der FDP/DKL-Fraktion beantragt Ihnen, diesen Betrag im Budget zu belassen. Wir stellen deshalb folgenden Gegenantrag:

Das Konto 1790.3181 ist um Fr. 10'000.— für die Signaletik zu kürzen. Der Saldo beträgt somit neu Fr. 75'000.—.

Begründung:

Wie wir alle in den letzten Tagen erfahren haben, hat die Überprüfung der Machbarkeit für eine neue Kantonsstrasse im Bahneinschnitt ein ganz positives Resultat erbracht. Es ist aus unserer Sicht unumgänglich, dass auch die Planung der flankierenden Massnahmen jetzt angegangen wird. Dazu gehört eben auch das Verkehrs- und Freiraumkonzept. Es sprechen mehrere Gründe dafür:

Es handelt sich um ein vielschichtiges Problem, das auch von der geografischen Ausdehnung beachtlich ist. Um eine breit akzeptierte Lösung zu finden, ist ein grosser Personenkreis einzubeziehen. Automatisch ist auch ein grösserer Zeitaufwand zu veranschlagen.

Einige von Ihnen mögen sich an 1993 erinnern, damals wurden Novaseta und Zubringer eröffnet. Man hat es verpasst flankierende Massnahmen zu ergreifen, um die neuen Verkehrsströme entsprechend zu lenken. Fehler zu begehen ist keine Schande, denselben Fehler bewusst ein zweites Mal zu begehen, zeugt schon von einer gewissen Ignoranz.

Wir sind überzeugt, dass dieses Konto das falsche ist, um der drohenden Konzeptionitis Einhalt zu gebieten. Ich bitte Sie, unserem Gegenantrag zu zustimmen

Stadtammann Martin Klöti: Ich habe volles Verständnis dafür, dass Sie diese Positionen ganz genau belegt haben wollen. Es ist auch schwierig im Zeitpunkt – es ist dieselbe Platte der Budgetierung – abzusehen, wie weit man kommt. Wir wussten nicht, dass wir in diesem Jahr es tatsächlich schaffen werden, die Machbarkeitsstudie zu beenden. Wir konnten die Machbarkeitsstudie der neuen Linienführung Kantonsstrasse tatsächlich beenden. Wir konnten es am vergangenen Wochenende der Bevölkerung präsentieren – und dort haben Sie sehr genau beobachtet, wie sehr sich die Bevölkerung interessiert und wie sehr wichtig es ist, mit klaren und einfachen Mitteln zu kommunizieren. Niemand hat sich so sehr interessiert für diese Simulation an den Computer-Bildschirmen, wie eben eine ganz breite Öffentlichkeit. Das hat effektiv die Leute fasziniert zu sehen, wie das praktisch verläuft. Das ist dann mit ein Grund, warum wir – und auch zur Information über hängige Projekte – ein Stadtmodell erbauen wollen. Das verstehen die Leute viel besser – wenn sie etwas mit den Augen sehen können, als wenn sie es nur lesen oder auf technischen Plänen erkennen müssen. Das ist das eine. Das andre – diese neue Linienführung – die bewirkt, dass man aus dem ganzen Bereich der Altstadt mehr machen kann, als es heute existiert. Das bedeutet, ein neues Verkehrsregime soll zeigen, wo der Verkehr fliessst und wo er ruht. Dieses neue Verkehrsregime zu erarbeiten ist Aufgabe der Kommission Stadtentwicklung und Verkehr. Das Ergebnis, das kommt aber allerdings dann relativ technisch und nüchtern herüber d.h., man zeigt, wo man auf Parkflächen verzichtet, man zeigt, wo man Parkräume erbaut und man zeigt, wo man noch fahren darf und unter welchen Bedingungen man fahren darf. Wenn die Bevölkerung nur diese eine Seite der Argumentation sieht, dann dürfte die Bevölkerung enttäuscht sein. Es ist also dringend notwendig, die Perspektiven aufzuzeigen, die dieses neue Verkehrsregime nun ermöglicht d.h., es ist ein didaktischer Schritt, dieses Freiraum-Gestaltungskonzept zu fahren, nachdem man eben das Regime kennt. Man würde also auf halber Strecke stehen bleiben, wenn man nur zeigt, wo man einschränkt. Man muss dringend zeigen, was man auslöst, und das, was man auslöst, das bewirkt dann wiederum, dass sich Leute bemühen, ihre Liegenschaften zu sanieren, zu investieren in der Altstadt, dass die Stadt eine Berechtigung hat, die Strassenräume aufzuwerten, sonst hätten wir das nicht. Dazu braucht es nun einmal eine Planung. Das kann man nicht einfach sich selbst überlassen. Das ist der Grund und die Motivation für die Stadt, dass wir einer breiten Bevölkerung hier vor Ort, aber auch den interessierten Kreisen, die auf dem Platz Arbon investieren wollen, z.B. Liegenschaften zu kaufen, diese zu sanieren, dass wir denen eine Perspektive geben. Das Verkehrsregime alleine, das reicht dazu nicht aus. Das ist Einschränkung in erster Linie. Das zweite – das den Spielraum nun zeigt – das ist das Freiraum-gestaltungskonzept und ich möchte daher dringend empfehlen, diese Fr. 30'000.— fürs nächste Jahr bereit zu stellen. Nun kann ich aber sagen, dass aus diesem ganzen Verkehrsregime logischerweise auch eine neue Linienführung entsteht d.h., wie weist man die Leute nun durch unser Stadtgebiet? Und das ist die Signaletik. Die Signaletik zeigt, welche Ströme wohin geleitet werden müssen. Da diese Ströme zur Zeit noch nicht so fliessen müssen, kann ich gerne diese Arbeit zurückstellen. Wir können also auf das Konzept der Signaletik einstweilen verzichten aber ich bitte darum, wenigstens uns das Verkehrsregime zu fahren und dazu dieses Freiraumkonzept zu erarbeiten. Ich danke Ihnen.

Elisabeth Tobler, SVP: Unter dieser Position haben wir ein Stadtmodell. Ich frage mich, ob man dieses Stadtmodell wirklich benötigt oder ob das nicht auch anhand von Plänen gemacht werden könnte wie bis anhin.

Stadtammann Martin Klöti: Wie ich eingangs sagte, handelt es sich um ein sehr probates Kommunikationsmittel. Es nützen tatsächlich die Pläne nicht immer. Das dreidimensionale Erleben – das Hinschauen – das bringt sehr viel. Fahren Sie nach Hamburg, schauen Sie dort das grosse Modell der neuen Hafen-City an – die Leute sind restlos begeistert. Gehen Sie nach St. Gallen – es gibt ein Stadtmodell. Gehen Sie in die anderen Städte – Zürich. Ich darf Ihnen auch sagen – und ich ziehe wenige Vergleiche bei – zur Stadt Rapperswil, wir haben jedes neue Bauprojekt in einem solchen Stadtmodell eingefügt. Die Bevölkerung hat es uns gedankt. Man konnte hingegen – man konnte ganz genau schauen, wo soll ein neues Bauwerk entstehen, wie verändert sich der Körper einer solchen Altstadt. Wir beobachten das von auswärts, Leute die sich interessieren, in der Altstadt Liegenschaften zu kaufen – meine Vorrednerin kann das sicherlich bestätigen – und es freut uns, dass Investoren kommen und sich Liegenschaften in der Altstadt anschaffen, weil sie eine Perspektive sehen. Ohne Perspektive wird nicht investiert. Es hat sich bewiesen, dass die Perspektive der Stadt Arbon durch den kommunalen Richtplan eine Sicherheit gibt, worauf Investoren setzen können, und da möchten wir in der Altstadt genau so verfahren.

Riquet Heller, FDP: Wer die Meinung vertritt, in Arbon solle endlich etwas passieren in Sachen Kantonsstrasse, wir hätten darüber schon genügend gebrütet, der soll jetzt auch nicht sparen bei den Lateralkosten. Diese Planung ist dringend nötig, dass das Ganze eingebettet wird in ein Gesamtkonzept und dass diesbezüglich diese Aufgaben erledigt werden und diese Nebenfragen, die das grosse Konzept aufwirft, ebenfalls seriös bearbeitet werden. Dazu ist eine Planung nötig und diese muss durchgeführt werden, ansonsten das grosse Kind ebenfalls stirbt. Ich bitte Sie, in dieser Einzelheit ebenfalls ein grosszügiges Bett zu geben, damit diese wichtige Aufgabe für die Stadt Arbon gelingt – nämlich die Umfahrung unserer Altstadt – das ist dringend nötig! Ich bitte Sie, diesem Planungskredit zuzustimmen.

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich bin durchaus nicht gegen die Planung, ich bin auch nicht gegen ein Modell, ich finde das sogar sehr gut und anschaulich für die Bevölkerung. Ich frage mich nur, muss das gerade jetzt sein? Könnte das um ein Jahr verschoben werden? Im Kanton stehen noch keine Gelder bereit für die neue Strasse und ich bin nicht ganz so optimistisch, was den Zeitplan anbelangt wie unser Stadtammann, deshalb einfach einmal die Frage, was würde passieren, wenn wir jetzt nein sagen und das dafür in einem Jahr bewilligen würden?

Stadtammann Martin Klöti: Es passiert natürlich nicht wahnsinnig viel, aber unserem Informationsforum geht einfach eine wichtige Dimension verloren, nämlich diese anschauliche und praktische. Beobachten Sie doch, was jetzt geschieht. Wir sind dabei, das Kappeli auszuräumen, uns mit einem Nutzungskonzept – welches Sie uns gestattet haben zu fahren – zu überlegen, wozu könnte ein solcher Raum dienen. Ich darf Ihnen sagen, dass eine der Ideen, die schon länger im Raum stehen, heissen könnte: dieses ist ein Ort der Information, ein Forum, in dem man zeigt, wie die Stadt sich entwickelt. Wir sind eine Stadt im Umbau. Wir müssen die Leute mitnehmen können, sonst riskieren wir, dass wir sie abhängen und dass wir als hochtrabend, nur planerisch vorgehend verschrien werden. Wir möchten das nicht. Die Mitwirkung ist ein wichtiges Prinzip in unserer Stadtpolitik. Für die Mitwirkung brauchen wir Räume und wir brauchen die geeigneten Instrumente. Es lässt sich nicht alles digital zeigen. Das ist leider so. Das ist auch für Schulklassen interessant, das ist für ältere Menschen interessant, an einem praktischen Beispiel etwas zu erklären. Wir machen das sehr gewissenhaft. Sie haben gesehen, dass am ganzen Wochenende – von Mittwoch Abend an – der Stadtrat immer am Stand gestanden hat und bereit war, alle Erklärungen zu geben anhand der Pläne, anhand der Simulationen und wir werden ganz genau so gewissenhaft diese Arbeit weiterziehen. Nur dann kann das gelingen, sonst könnten wir riskieren, dass wir unsere Gefolgschaft in der Bevölkerung verlieren.

Präsident Konrad Brühwiler: Lassen Sie mich zusammenfassen: Der neue Antrag des Stadtrates sieht eine Reduktion bei der Signaletik um Fr. 10'000.— vor und deckt sich mit dem Antrag der FDP/DKL-Fraktion. Demgegenüber steht der Antrag der FGK. Der Stadtrat und die FDP/DKL-Fraktion sind bei Fr. 75'000.— und die FGK mit ihrer Reduktion von Fr. 40'000.— ist bei Fr. 45'000.—.

FGK-Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Das stimmt nicht ganz. Die Information – minus diese Fr. 10'000.— für die Signaletik stammte damals vom Stadtrat. Aber es war nicht so, dass der Stadtrat das wirklich als Antrag deponiert hat, sondern es wurde eigentlich an die FGK delegiert, dass wir das in unseren Antrag hinein nehmen. Es ist jetzt die Frage, ob der Stadtrat einen entsprechenden Antrag stellt, aber bisher hat er keinen gestellt.

Stadtammann Martin Klöti: Wir stellen keinen Antrag. Wir haben das im Gespräch dort gezeigt. Ich habe es jetzt nochmals argumentiert. Es hat sich absolut gedeckt, was ich heute gesagt habe mit dem, was ich in der FGK gesagt habe.

Präsident Konrad Brühwiler: Dann muss ich mich entschuldigen, dann habe ich vorher etwas falsch verstanden. Dann ist der Antrag des Stadtrates weiterhin auf Fr. 85'000.— ist das richtig?

Stadtammann Martin Klöti: Nein, das ist nicht so. Der Antrag wie er besteht ist richtig, ist auf Fr. 85'000.— aber wir würden eingestehen, das mit Fr. 75'000.— zu machen. Wir machen keinen andern Antrag.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Präsident Konrad Brühwiler: Dann habe ich doch nicht alles falsch verstanden. Wir kommen zur Abstimmung – wiederum in der Reihenfolge der eingegangenen Anträge. Die Anträge der FGK und der FDP/DKL-Fraktion werden einander gegenübergestellt.

FGK-Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Ich bin der Meinung, der Stadtrat hat sich jetzt einfach im Prinzip dem Antrag der FDP/DKL-Fraktion angeschlossen, stellt keinen eigenen Antrag, sondern zieht seinen Antrag auf Fr. 85'000.— zurück und wir können über die zwei andern abstimmen.

Präsident Konrad Brühwiler: Dann muss der Stadtrat seinen Antrag auf Fr. 85'000.— zurückziehen.

Stadtammann Martin Klöti: Wir gehen um Fr. 10'000.— zurück, wie wir das bei der FGK empfohlen haben.

Der FGK-Antrag Reduktion um Fr. 40'000.— auf Fr. 45'000.— erhält 2 Stimmen.

Der Antrag der FDP/DKL-Fraktion Reduktion um Fr. 10'000.— auf Fr. 75'000.— erhält 22 Stimmen.

://: **Der Antrag der FDP/DKL-Fraktion und des Stadtrates ist damit mit 22 : 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.**

1790 Raumordnung: Konto-Nr. 1790.3186 IGA 2017

Andrea Vonlanthen, SVP: Der Abschnitt Raumordnung zeigt ja, was Tatsache ist, dass in Arbon die Planungseuphorie ausgebrochen ist. Pech ist ja nur, dass diese Euphorie Auswirkungen hat auf die Bauverwaltung – das haben wir gehört, die ist überfordert – und Auswirkungen hat auf das Budget. Deshalb sollten wir da, wo es möglich ist, mindestens noch eine kleine Korrektur vornehmen und das ist möglich bei der Position 1790.3186 IGA 2017. Wir lesen in der Erklärung, was da aufgeführt ist: Projektbeitrag, Masterplan, KTI-Projekt – da sind wir voll auf der Planungsschiene in Richtung IGA. Wir haben gehört, die findet nicht statt in der ursprünglichen Form – allenfalls in einer neuen Form und dass dafür Denkarbeit geleistet wird, das halten wir durchaus für legitim, aber nicht in dem Umfang. Es braucht sicher keinen Masterplan für eine IGA in diesem Zusammenhang. Wir haben gehört, dass Romanshorn in diesem Zusammenhang für das nächste Jahr Fr. 30'000.— budgetiert. Die Voraussetzungen zwischen Romanshorn und Arbon sind ja doch in Etwas gleich, gerade wenn wir denken, dass Romanshorn noch ein Verkehrsknotenpunkt ist. Deshalb unser Antrag, die Position sei um Fr. 25'000.— zu kürzen.

Stadtammann Martin Klöti: Ich werde jetzt über etwas informieren, was ich eigentlich am Schluss machen wollte zur IGA. Sie haben gelesen, dass die Bürgermeisterkonferenz am letzten Freitag der Oberbürgermeister, Bürgermeister, Gemeindeammänner, Gemeindepräsidenten, Stadtammänner, Stadtpräsidenten der 23 Kommunen rund um den Bodensee vom IGA-Label Abschied genommen hat – erleichtert zum Teil, weil die Verhandlungen sehr mühsam waren und weil der Kostendruck immer höher wurde. Wir haben sehr vernünftig reden können aber wir haben auch alle einstimmig beschlossen, es solle weiter gehen. Und zwar wurde einstimmig beschlossen, die trinationale Zusammenarbeit fortzusetzen und dem bisherigen Leitungsgremium – welches uns führt mit den Verhandlungsführern und Projektsteuern – das volle Vertrauen auszusprechen und sie zu beauftragen, für ein neues Projekt die entsprechenden Ideen und Entscheidungsgrundlagen zu entwickeln. Die für die IGA im 2008 vorgesehenen Gelder in den Budgets der Gemeinden und Städte sollen auf das neue Projekt übertragen werden. Abzuklären sind auch die Fördermittel der Bundesländer und Kantone, die im Falle einer IGA gesprochen worden wären und nun neu ausgehandelt werden müssen. Das Alternativvorhaben könnte wieder auf ein bestimmtes Ausstellungsjahr fokussiert sein, indem die neu geschaffenen Anlagen in einem grossen Festival rund um den See vorgestellt werden. 2017 wird es eventuell nicht sein und ob früher

oder später wurde noch nicht festgelegt. Grünräume werden ein wichtiges Thema bleiben, aber auch neue Inhalte könnten dazukommen. Kulturlandschaft, Architektur oder auch Umwelttechnik sind Stichworte, die genannt wurden. Die bei der IGA oder bei der BUGA eingeschränkten Rahmenbedingungen entfallen, so dass ein ganz neues Konzept ins Auge gefasst werden kann, das aber auch die übergeordneten Ziele wie z.B. die Bodensee-S-Bahn ermöglichen könnte. Die aktuell sehr positive Stimmung und der Schwung in den 23 Kommunen soll jetzt ohne Unterbrechung in Richtung einer zukunftsweisenden Ausstellung am Bodensee fortgeführt werden. Am nächsten Treffen der Oberbürgermeister und Bürgermeister Mitte Februar 2008 werden weitere Schritte beschlossen. Die 23 Kommunen haben alle ihren Willen bekundet, ein gemeinsames Projekt weiter zu verfolgen. Ich gebe ganz sicher zu, dass wir keinen Masterplan brauchen, weil die Projekte noch nicht so konkret sind, wir werden auch jetzt, obwohl wir die Kriterien hätten, keine weiteren Wettbewerbe zum Thema IGA ausschreiben können. Wir werden mit dem Freiraumkonzept allerdings bereits etwas in die Richtung machen die den Freiraum aufwerten – das ist schon richtig, aber es braucht tatsächlich nicht mehr die Fr. 52'500.— die jetzt drin stehen in dieser Position. Von daher ist es denkbar, dass wir die Position kürzen. Hingegen können wir nicht jetzt austreten aus diesem Verband, weil die Leute gemeinsam beschlossen haben, weiter zu machen und Sie haben gesehen es gibt Projektsteuerer, die noch an der Arbeit sind. Denen können wir das Geld jetzt nicht entziehen, sonst müssten wir austreten aus diesem Kreis. Ich möchte daher dringend beantragen, dass wir die Kosten weiter tragen können, dass wir aber unsere eigenen Projekte noch etwas zurückstellen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich danke dem Stadtammann, dass er bestätigt hat, dass wir keinen Masterplan brauchen und für den waren Fr. 25'000.— eingesetzt. Die SVP-Fraktion unterstützt das Bestreben, dass sich die Kommunen um den See überlegen, was nun werden könnte, dass Sie sich auch bereits an erste Planungen machen. Aber wir meinen, wenn schon solidarische Aktionen – dann soll man das auch in gleichem Ausmass machen. Deshalb der Antrag keine Kürzung um Fr. 25'000.—, sondern Kürzung auf die Höhe von Romanshorn auf Fr. 30'000.—. Da gibt es gleiche Voraussetzungen, da gibt es gleiche Aufgabenstellung, da können wir uns auch mit dem gleichen Betrag wie Romanshorn engagieren.

Antrag: Kürzung von Fr. 52'000.— auf Fr. 30'000.—.

Stadtammann Martin Klöti: Der Betrag von Fr. 30'000.— ist ein runder Schätzbetrag der Romanshorner. Wenn Sie sich vergleichen möchten mit der Gemeinde Romanshorn, dann tun Sie das bitte gerne, dann nehmen wir den gleichen Betrag. Er ist nicht berechnet, er wird bei uns auch nicht so berechnet sein. Mit 30'000 Franken können wir jedenfalls das trinationale Projekt weiter verfolgen und ich würde beipflichten können – nicht wegen Romanshorn bitte schön – aber wegen der Grösse des Betrages bei 30'000 Franken zu verbleiben.

Keine weiteren Wortmeldungen.

://: **Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, ist unbestritten und wird diskussionslos genehmigt.**

1790 Raumordnung: Konto-Nr. 1790.3183 Grünplanung

Roland Schöni, SVP: Hier heisst es bei den Bemerkungen „Konzept über Grünflächen“ und bei diesem Konto sind Fr. 25'000.— eingesetzt. Letztes Jahr waren es 10'000 Franken und im 2006 betrug der Rechnungsbetrag Fr. 5'076.—. Wir von der SVP-Fraktion fragen uns, um was es hier geht und weshalb diese markante Steigerung. Wir sehen hier ein Sparpotential von Fr. 10'000.—.

Stadtammann Martin Klöti: Eine Kommission für Grünräume ist einberufen und die arbeitet. Sie hat jedes Jahr mindestens Arbeiten im Umfang von etwa 10'000 Franken ausgeführt. Diese 10'000 Franken sind dringend nötig, wenn die Kommission überhaupt eine Arbeit fortsetzen will. Wir haben uns für dieses Jahr ein Konzept über die gesamten Grünflächen der Gemeinde vorgenommen. Wir wollen also nicht fokussieren auf bestimmte Flächen. Im Gegenteil, man möchte in sämtlichen Gemeindegebieten analysieren, wie ist die Erholungsqualität und der Erholungsdruck – gibt es einen Bedarf, gibt es Konflikte, gibt es Potenziale, die man auslösen kann. Wenn wir einen kommunalen Richtplan haben in dem wir zeigen, welches Entwicklungspotenzial bei den Grünräumen liegt, welche Verbindungen z.B. von Fusswegen, welche Möglichkeiten man noch zusätzlich machen könnte mit geringem baulichen Aufwand, dann muss vorgedacht werden. Diese Kommission möchte ein Konzept über die Grünflächen der gesamten Gemeinde Arbon erarbeiten und wir haben das auf Fr. 15'000.— angenommen, das sind 15'000 Franken, die in diesen Prozess hineinfließen. Daneben arbeitet die Kommission für Grünräume an weiteren Projekten und dafür sind die Fr. 10'000.—. Das ist die Aufteilung 10'000 und 15'000 Franken. Das sind zwei Arbeiten – eines explizit für das gesamte Gemeindegebiet und ich finde es nicht richtig, wenn man sich plötzlich nur fokussiert auf die prädestinierten Seeanlagen oder die Altstadt, sondern dass man auch die ganzen Teile der Gemeinde untersucht, die Quartiere – ich nenne wörtlich Frasnacht und Stachen.

Roland Schöni, SVP: Die Begründung überzeugt mich nicht ganz. Ich sehe hier den Willen, dass man etwas machen muss. Das ist auch gut so und trotzdem finden wir, dass wir hier bei dieser Position 10'000 Franken einsparen können. Mit den vorhandenen Mitteln sollte das gehen. Es wird befürchtet, dass diese Position jedes Jahr um ein Vielfaches steigt.

Namens der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag auf Kürzung um Fr. 10'000.— auf Fr. 15'000.—.

Der budgetierte Betrag des Stadtrates von Fr. 25'000.— erhält 24 Stimmen.

Der Antrag der SVP-Fraktion erhält 4 Stimmen.

://: **Dem Antrag des Stadtrates wird somit mit 24 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

18 Volkswirtschaft

1830 Tourismus: Konto-Nr. 1830.3651 Beitrag an InfoCenter Arbon

Remo Bass, CVP: Wie ist dieser Satz „Neues Konzept noch in Arbeit“ zu verstehen, bzw. wie weit sind die Vereinbarungen mit dem Verkehrsverein bereits gediehen? Dieses Thema liegt schon länger als ein Jahr zurück.

Stadtammann Martin Klöti: Wir sind dabei, ein überregionales Tourismuskonzept zu erarbeiten und das wird auch von andern Gemeinden getragen. Wir haben inzwischen einen Workshop gemacht. Den haben sich zu gleichen Teilen Romanshorn, Amriswil und Arbon geteilt. Wir sind noch keinen grossen Schritt weiter. Es ist schwierig, die Kantonsgrenze zu überwinden. Wir haben unterschiedliche Tourismusgesetze im Kanton St. Gallen und im Thurgau. Der Kanton Thurgau macht sich jetzt auf den Weg zu überdenken, wie die Tourismusförderung dem Kanton St. Gallen etwa angepasst werden könnte. Wir warten auf den Kanton. Wir haben jetzt zur Tourismusförderung ein Konzept, das in Arbeit ist. Es gibt ein neues Regionalplanungskonzept – NRP Fördergelder – das macht Werner Müller vom Kanton – wir haben uns dort ebenfalls beteiligt, aber wir möchten mit St. Gallen-Bodensee-Tourismus dringend eine Zusammenarbeit erwirken, die uns ermöglichen würde operative Zusammenarbeit zu erlangen zwischen St. Gallen – Rorschach – Arbon – Amriswil und Romanshorn. Wie schön wäre das, wenn alle diese Büros gleich lautend in diesem sehr engen Tourismusmarkt taktieren würden. Wie schön wäre es, wenn in St. Gallen nicht nur Prospekte von Hotels in Degersheim und Rheineck verteilt werden, weil die mitzählen, sondern auch in Arbon. Gehen Sie selber hin nach St. Gallen an den Hauptbahnhof, holen Sie sich die Karte St. Gallen-Bodensee-Tourismus – Sie finden dick weiss in der Karte angeschrieben jede Ortschaft, die im Kanton St. Gallen liegt und Sie finden schwarz und klein in dunkelblau Bodensee-Arbon angeschrieben – Sie finden es nämlich gar nicht. Das darf nicht sein, wir wollen unbedingt versuchen, mit geeigneten Konzepten diese Zusammenarbeit hinzukriegen. Es ist nicht einfach, es müssen die Kantone mitziehen. Wir sind unterwegs und ich sichere Ihnen zu, dass wir wieder ein Stück weiterkommen werden im nächsten Jahr und wir werden den Leistungsvertrag mit dem Infocenter inzwischen genauso erhalten – er ist gerade in der Erneuerung begriffen – das funktioniert, wir sind dort Mitglied der Geschäftsleitung. Die Zusammenarbeit ist nach unserer Beurteilung gut und sonst müssten Sie vielleicht den Präsidenten des Verkehrsvereins Arbon anfragen.

1840 Industrie, Gewerbe, Handel: Konto-Nr. 1840.3186 EURO 08

Alexandra Keel, CVP: Ich habe einen Antrag zur Position 1840.3186 EURO 08. Da die EM-Lounge in Arbon leider nicht durchgeführt werden kann, sollte diese Position von Fr. 10'000.— gestrichen werden.

Andrea Vonlanthen, SVP: Mir ging es um die gleiche Sache. Die EURO findet – wie es Alexandra Keel gesagt hat – in Arbon in der ursprünglich geplanten Form nicht statt. Nachdem mir der Stadtammann am Anfang so halbwegs das Versprechen abgegeben hat, er werde Positionen, die nicht nötig sind, zurückziehen, erwarte ich hier eigentlich den Rückzug.

Stadtammann Martin Klöti: Geschätzte Damen und Herren! Die Ereignisse überstürzen sich. Gehen Sie nach Hause – schauen Sie TVO, schauen Sie Tele Top, lesen Sie morgen früh die Zeitung – Sie werden alles sehen. Wir hatten im Stadtrat einen Grundsatzentscheid getroffen, in Arbon einen Anlass zu gewähren – also zuzulassen und nicht selbst zu organisieren – der diese 10'000 Franken, die ursprünglich vorgesehen waren für die EURO 08, hätte aufnehmen können. Mit andern Worten wir hätten diesen Titel umbenannt. Gestern früh hat der Verwaltungsrat dieser Organisation entschieden, diesen Anlass erst 2009 durchzuführen – also nicht 2008. Diese 10'000 Franken sollen also nicht – wie wir das noch in der FGK angemeldet haben – umbenannt werden in einen andern Förderbeitrag für einen Grossanlass in Arbon, sie entfallen in diesem Jahr. Wir wissen es jetzt

erst und es kann erst heute kommuniziert werden. Mit andern Worten im Jahr 2009 dürfte dieser Betrag wieder in ihrem Budget zu finden sein. Sie wissen dann, worum es geht. Ich darf es Ihnen auch sagen, es sind die SummerDays-Festival, 13 Jahre Tufertsiler-Festival – 2 Jahre in Jonschwil. Die Organisation hat beschlossen, das Festival in Jonschwil – es ist für Menschen zwischen 25 und 50 Jahren gedacht – also ein Segment, das sehr gut hierher passt. Es sind nicht junge Leute, es ist nicht vergleichbar mit dem Openair in St. Gallen. Es sind Oldies-Abende am Freitag, am Samstag ist es Swissness und Mainstream, am Sonntag sollen Konzert-Vorstellungen umsonst sein. Dieses Konzept kommt für 2009 – nicht für 2008. Von daher werden wir für SummerDays im 2008 also auch keine 10'000 Franken verwenden. Die EURO 08 soll ebenfalls vergeben werden, wenn jemand sich interessiert, dann kann eine Lounge aufgebaut werden mit Public Viewing – aber die Stadt engagiert sich nicht. Die Stadt lässt es selbstverständlich zu, wenn sich jemand bewirbt, das zu tun. Es sind auch bereits Anfragen eingegangen. Nur wir engagieren uns dort nicht.

Elisabeth Tobler, SVP: Besten Dank für den Rückzug der Position. Ich habe hier anregend noch etwas zu sagen. Ich habe die Meldung gehört im Radio wegen den SummerDays-Festivals. Ist es so, dass das allenfalls kollidieren könnte mit dem SlowUp? Wenn das so wäre, wäre das sehr schlecht. Man möchte bitte daran denken.

Stadtammann Martin Klöti: Das finde ich jetzt absolut wunderschön. Ich habe vor einem Monat bereits mit Dr. Christoph Tobler über dieses Thema gesprochen. Er ist begeistert – ich habe mit dem Präsidenten des Verkehrsvereins und mit dem Präsidenten des lokalen OKs gesprochen – alle sind restlos begeistert, dass genau dieser Anlass SummerDays mit dem SlowUp in Arbon zusammenfällt. Es soll nämlich so sein, dass am Sonntag eben keine Eintritte verlangt werden, dass dann an diesem SlowUp-Wochenende die Konzerte umsonst besucht werden dürfen und damit dürfte Arbon ein sehr, sehr attraktiver Ort werden am SlowUp und der SlowUp – das sagt mir deren Präsident – der ist darauf angewiesen, dass er Energie bekommt. Der SlowUp ist unter Druck – es ist nicht mehr einer der einzigen in der Schweiz und er braucht dringend Energie – und eine solche Energie könnte kommen durch einen Grossanlass in dieser Art von SummerDays-Festival Arbon.

://: **Die von Alexandra Keel beantragte Reduktion um Fr. 10'000.— ist unbestritten und wird diskussionslos genehmigt.**

19 Finanzen und Steuern

--

Es werden keine Rückkommensanträge gestellt.

Investitionsplan 2008 - 2011

FGK-Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Die FGK hat keine Änderungen am Investitionsplan vorgenommen und wird dann eben auch bei den Gesamtanträgen beantragen, dass dieser so wie vom Stadtrat vorgelegt genehmigt wird.

10 Allgemeine Verwaltung

--

11 Öffentliche Sicherheit

--

13 Kultur und Freizeit

--

16 Verkehr

--

17 Umwelt und Raumordnung

--

Memopositionen

--

Keine Bemerkungen zum Investitionsplan.

Finanzplan 2009 bis 2011

Die Diskussion zum Finanzplan wird nicht gewünscht.

(Pause von 10 Minuten bis die aufgearbeiteten Zahlen vorliegen)

Präsident Konrad Brühwiler: Ich gebe Ihnen nun den aktuellen Stand der Zahlen bekannt:

Stand der Laufenden Rechnung:

– Der Aufwandüberschuss nach Verabschiedung im Stadtrat betrug:	Fr.	134'850.—
– Der Aufwandüberschuss der FGK betrug nach Korrekturen:	Fr.	35'850.—
– Korrekturen durch das Stadtparlament inkl. Reduktion Abschreibungen:	– Fr.	30'500.—

Verabschiedetes Defizit im Parlament **Fr. 5'350.—**

Stand der Investitionsrechnung:

– nach Verabschiedung im Stadtrat	Fr.	4'782'000.—
– keine Korrekturen seitens FGK und Parlament	– Fr.	0.—

Verabschiedete Netto-Investitionen im Parlament **Fr. 4'782'000.—**

Präsident Koni Brühwiler: Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir nun zur Verabschiedung folgender Anträge:

Antrag des Stadtrates und der FGK:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2008 sei um zwei Prozent auf 78 Prozent zu senken.

Die Diskussion ist eröffnet:

Elisabeth Tobler, SVP: Wie ich bereits in meinem Referat zum Budget bekannt gegeben habe, beantragt die SVP-Fraktion eine Steuerfussreduktion um 4 %, und wenn man jetzt das Resultat ansieht, ist das erst recht gerechtfertigt. Für uns ist im Hintergrund auch noch der Gedanke da, es werden sehr wahrscheinlich auch nicht alle Investitionen getätigt, die wir im Investitionsbudget haben. Damit sind in der Laufenden Rechnung dann auch noch mit reduzierten Abschreibungen zu rechnen. Von dort her denke ich, es hat immer noch sehr viel Luft drin.

Erica Willi-Castelberg, SP: Die Fraktion der SP und Gewerkschaften hält es trotz der Berechnungen von Elisabeth Tobler für unklug, die Steuern mehr als zwei Prozent zu senken – mindestens für dieses Jahr. Ein Prozent sind 193'000 Franken, zwei Prozente dementsprechend fast 400'000 Franken. Da bringt es wenig, wenn wir heute etwa 30'000 Franken gespart haben. Sollten wir positiv überrascht werden, können wir Ende des Jahres 2008

1. Schulden zurückzahlen und damit die Zinslast senken
2. gerade nochmals ein positives Signal aussenden, indem wir dann nochmals eine Reduktion von zwei oder vielleicht auch mehr Prozent beschliessen können.

Wir halten eine Senkung von 4 % für vorschnell um nicht zu sagen für populistisch. Wir können nicht den Fünfer und das Weggli haben und wir sollten wegen des NFA-Geldes nicht übermütig werden. Wir sollten auch nicht ans eigene Portemonnaie denken. Wir sind für das Wohl der Stadt verantwortlich – auch für ihre Weiterentwicklung und mit einer Senkung von 4 % müssen wir entweder die Projekte zurückstellen oder wir laufen in wenigen Jahren in ein recht grosses Defizit. Herr Stadtrat Klöti hat uns das eindrücklich gesagt und dies mindert dann die Attraktivität von Arbon sicher mehr, als jetzt zwei Steuerprozente weiter hinunter zu gehen. Deshalb bleiben wir doch vernünftig und stimmen wir diesen zwei Prozenten zu.

Kaspar Hug, CVP: Im Namen einer knappen Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion beantrage ich Ihnen ebenfalls, den Steuerfuss um 4 % zu senken. Ein positiver Saldo im NFA, eine gute Wirtschaftslage und daraus resultierend gute Steuereinnahmen lassen diese Senkung sicher als verantwortbar erscheinen. Es ist mir klar, dass mit dieser Senkung in keiner Art und Weise der Aufschwung in Arbon gebremst werden soll. Es hat nur den Effekt, dass der Stadtrat sich eventuell da und dort die Ausgaben überlegen muss. Dies ist eine operative Aufgabe, die der Stadtrat in gewohnter Art sicher mit Bravour meistern wird. Wichtig scheint mir auch die Tatsache, dass bei einem eventuellen Abschwung der Baukonjunktur z.B. auch Stellenabbau – sagen wir einmal in der Bauverwaltung – kein Tabuthema sein darf. Mit einer Mehrheit der Fraktion bin ich der Meinung, dass eine Senkung um 4 % zu verantworten sei.

Roman Buff, EVP: Ich vertrete eine knappe Minderheit der CVP/EVP-Fraktion und meine, dass der Stadtrat gesamthaft ein gutes Budget vorgelegt hat, wie sich auch die FGK hat überzeugen können. Dank positivem Saldo des NFA, tendenziell immer noch abnehmenden Sozialausgaben und höher budgetierten Einnahmen ist es durchaus zu vertreten, den Steuerfuss um 2 % auf 78 % zu senken. Eine weitere Senkung des Steuerfusses zum jetzigen Zeitpunkt erachten wir aber als unweise. Auf der Ausgabenseite sind relativ hohe Planungskredite unbedingt nötig im Hinblick auf die Stadtentwicklung, die im Zusammenhang mit dem Schlüsselprojekt der neuen Linienvielfalt der Kantsstrasse und den damit zusammenhängenden weiteren weitsichtigen Planungen bis zur Projektreife nötig sind, damit dann die Gelder von Bund und Kanton ab 2011 auch wirklich fließen. Auf der Einnahmenseite sind aber Unsicherheiten möglicherweise vorhanden. Die jetzt noch gute Wirtschaftslage könnte sich 2008 verschlechtern und die Steuereinnahmen verringern. Auch die fließenden Gelder des NFA sind nicht ganz genau bekannt.

Somit wäre es nicht gut, wenn die Stadt für 2009 wegen eines grossen Defizits 2008 die Steuern wieder erhöhen müsste. Wenn die Wirtschaft weiter gut läuft, kann der SR dann für das Budget 2009 eine weitere Steuerreduktion vorschlagen.

Ich bitte Sie also, die vom Stadtrat und der FGK vorgeschlagenen Steuerfussreduktion um 2 % auf 78 % zuzustimmen.

Max Gimmel, FDP: Auch ich vertrete eine Minderheit unserer Fraktion und plädiere für eine Erhöhung des Steuererlasses von 2 auf 4 %. Arbon wächst, Wohnungen werden gebaut und ich denke, der Steuerzuwachs ist mit 150'000 Franken für natürliche Personen zu gering bemessen. Die Industrie floriert, 2007 wird für die meisten Betriebe ein anständiges bis sehr gutes Jahr werden. 2008 wird vielleicht etwas reduziert, aber nicht dermassen schlecht sein. Also auch da sind die Mehreinnahmen über die Steuern der juristischen Personen von 200'000 Franken relativ knapp bemessen. Wir haben heute Abend eigentlich von 134'850 Franken auf 5'000 Franken reduziert, wir haben praktisch eine ausgeglichene Rechnung budgetiert und da meine ich einfach, da ist sehr viel noch möglich, und zwar insbesondere bei den Einnahmen, dass die sehr viel höher sein werden als sie budgetiert werden und deshalb erlaube auch ich mir den Antrag, die Steuern um 4 % zu senken.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich bin Erica Willi dankbar für den Hinweis, dass sie sagt, wir sollten nicht nur ans eigene Portemonnaie denken. Nein wir möchten ans Portemonnaie der Bürgerinnen und der Bürger denken in dieser Stadt und wir möchten, dass diese Leute ein bisschen mehr Geld in der Tasche haben, um damit allenfalls auch den Konsum pflegen und ankurbeln zu können, um mindestens anständig leben zu können. Die Konjunktur floriert, alle Auguren sagen es voraus, auch für das nächste Jahr, und wann sollen wir denn die Steuern weiter senken, wenn nicht in einer solchen Situation? In einer Situation, in der wir mit guten Gründen mit weiteren Zuzügern und vor allem auch finanzstarken Zuzügern rechnen dürfen. Wir stehen – das kommt dazu – wirklich in einem Steuerwettbewerb. Es wurde gesagt, rundum werden die Steuern massiv gesenkt, Amriswil minus 6 %, obwohl die in diesem Jahr über 8 Mio. investieren, Weinfelden um 5 % - beide auf 70 % –, Romanshorn streitet noch, aber die FDP möchte ja dort auch eine massiv Steuersenkung, St. Gallen senkt um 10 % - also das sind ganz massive Senkungen in einem Wettbewerb, in dem wir mitten drin stehen. In dieser Situation schreibt Dr. Edgar Oehler – den meisten von uns nicht ganz unbekannt – im Felix: „Diesem Wettbewerb hat sich auch die Öffentliche Hand zu stellen, andernfalls wenden sich die Bürger wie die Kunden in der Wirtschaft von ihnen ab und wechseln den Standort.“ Der Wettbewerb, der Steuerwettbewerb, der Standortwettbewerb ist von grosser Bedeutung. Kommt dazu der Stadtmann hat gesagt, es gebe Gespräche mit der Schule, aber wir haben überhaupt keine verbindliche Zusage, dass die Oberstufengemeinde keine Steuerfuss erhöhung beantragt. Und wenn das so ist, hätten wir mit 2 % schlicht keine Entlastung. Wir aber möchten gerne entlasten und deshalb unterstützen wir eine freisinnig liberale Steuerpolitik, wie sie im Kanton vor allem von der FDP gepflegt wird, in Romanshorn und in andern Orten und keine sozialdemokratische Steuerpolitik, die dem Staat alles zuschanzen will und das Glück auch in Arbon in erster Linie von staatlichen Geldern, staatlichen Krüken sieht. Wir bitten Sie darum eindringlich, dieser massvollen Senkung auf 4 % zuzustimmen.

Bernhard Bertelmann, SP: Da bin ich ja jetzt aufgefordert, also:

1. Was geben wir den Arbonerinnen und Arbonern, wenn wir die Steuern um ein Prozent senken? Ich habe es ausgerechnet: Eine Familie mit einem Steuerbaren Einkommen von 40'000 Franken muss gemäss meinen Berechnungen 13 Franken weniger zahlen. Wenn Sie nochmals zwei Prozent senken sind das 26 Franken im Jahr. Ich glaube es gäbe andere Möglichkeiten, wo man das Geld besser einsetzen könnte, wo man weniger Geld investieren müsste. Ich denke z.B. Gratiseintritt in ein Schwimmbad – ich überlasse es Ihnen, da die Fantasie laufen zu lassen. Aber wir müssen dann nicht 400'000 Franken Schulden aufnehmen, die wir dann bezahlen müssen.
2. Alle Auguren – ich kenne da einen Auguren der SVP – Herr Blocher – das möchte ich hier noch anfügen, wir reden nicht über dieses Jahr, wir reden über das nächste Jahr 2008 – Herr Blocher hat am 17. November 2007 gesagt – ich zitiere ihn ehrlich gesagt nicht so gerne, aber Sie lassen mir keine Wahl –, dass wir ab 2008 mit sinkenden Steuereinnahmen rechnen müssen. Ich glaube ihm nicht immer alles, aber ich würde jetzt sagen, hier könnte ich einmal über den Schatten springen oder wenigstens sagen, wir müssen jetzt nicht einfach darauf lospreschen, weil Romanshorn oder Amriswil oder weiss nicht wer die Steuern senken. Wir haben andere Dinge vor, wir haben andere Projekte hier in Arbon, die wir unterstützen möchten und ich nehme nicht einfach einen Kleinkredit auf, weil mein Nachbar das auch tut, weil ich auch ein schönes Auto haben will, sondern ich spare zuerst das Geld.

Stadtammann Martin Klöti: Spannenderweise hat mein Vorredner doch schon einiges vorweg genommen. Ich wollte nämlich nichts anderes, als das relativieren. Diese 2 % zusätzliche Senkung, die kommen nicht dem kleinen Mann zugute, der breiten Bevölkerung. Ich kenne die Diskussion interessanterweise aus der Diskussion um einen Zusammenschluss der Gemeinden Rorschach, Rorschacherberg und Goldach. In Goldach hatte man auch den Eindruck, das wäre ein unüberbrückbarer Schritt, die Steuern auf ein mittleres Niveau der andern Gemeinden anzupassen und es hat dort ganz präzise Untersuchungen gegeben, die haben gezeigt, dass über 60 % der Bevölkerung ein Einkommen von unter 50'000 Franken versteuert und dann kommt dieses Beispiel von Herrn Bertelmann zum Zuge, dass man bei 50'000 Franken bei 2 % Steuersenkung noch nicht einmal 30 Franken Gewinn hat. Wie sich dieser Gewinn auf die 365 Tage im Jahr verteilt, das möchte ich nun jetzt nicht nachrechnen. Ich möchte einfach die Relation zeigen. Es ist nicht wahr, dass es der breiten Bevölkerung etwas bringt. Ich behaupte, dass 400'000 Franken zwei Steuerprozent für die Bevölkerung genau so gewinnbringend und gezielt eingesetzt werden können. Ich überlasse es aber Ihnen, das zu beurteilen. Wir haben mit diesen 2 % einen Ansatz genommen – es ist ein Zeichen für den Standort, dass wir die Trendwende geschafft haben – nichts anderes. Wir haben bereits vor einem Jahr gesagt, es ist eher ein psychologisches Zeichen. Natürlich können Grossverdiener dadurch einige Tausend Franken weniger abführen. Das ist schon richtig. Aber über die glaube ich müssen wir jetzt hier nicht diskutieren. Es geht darum, dass wir der Allgemeinheit das bestmögliche präsentieren, und das ist ein Geben und ein Nehmen und hier müssten Sie nun heute Abend entscheiden, welches der richtige Schritt ist.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Dem Antrag des Stadtrates und der mehrheitlichen Empfehlung der FGK auf Senkung um 2 % auf 78 % wird mit 15 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag der SVP, einer knappen Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion und einer Minderheit der FDP/DKL-Fraktion auf Senkung um 4 % auf 76 % wird mit 14 Stimmen zugestimmt.

://: **Der Antrag des Stadtrates und der FGK, den Steuerfusses um 2 % zu senken, ist damit mit 15 : 14 Stimmen angenommen.**

Präsident Konrad Brühwiler: Wir kommen zu Punkt 2 des Stadtrat-Antrages:

2. Der Voranschlag 2008 der Laufenden Rechnung mit einem Defizit von neu Fr. 5'350.— sei zu genehmigen.

Die Diskussion wird nicht benutzt.

Der Antrag wird mit 28 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Punkt 3 des Antrages:

3. Die Investitionsrechnung 2008 mit Nettoinvestitionen von Fr. 4'782'000.— sei zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Voranschlag und Steuerfuss unterliegen gemäss Artikel 7 Absatz 3 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 24. Februar 2008 zur Genehmigung unterbreitet. Ich danke Silke Sutter herzlich als Präsidentin der FGK. Ich danke auch Ralph Limoncelli und Bernhard Egli für ihre grossartige Unterstützung. Damit ist Traktandum 3 durchberaten.

4. Fragerunde

Präsident Konrad Brühwiler: Es liegen keine vorzeitig eingereichten Fragen an den Stadtrat vor. Gibt es spontane Fragen?

Mündlich gestellte Fragen:

Inge Abegglen, SP

Verkauf der alten Feuerwehrhütte an der Berglistrasse

Ich habe eine kleine Frage, und zwar geht es um diesen Verkauf der alten Feuerwehrhütte an der Berglistrasse. Generell: Welche Beweggründe hat den Stadtrat veranlasst, diese alte Feuerwehrhütte an der Berglistrasse zum Verkauf auszuschreiben? Muss denn jeder noch so kleine öffentliche Grund verprivatisiert werden? Muss denn jedes noch so schäbige Tafelsilber verscherbelt werden? Die Hütte verursacht keine Kosten – im Gegen teil – es können auf dem Vorplatz sogar noch Parkplatzvermietungen zu regelmässigen Einnahmen führen.

Stadtrat Patrick Hug:

Ich kann es kurz machen. Wir haben keinen Verwendungszweck für diese Liegenschaft. Die Feuerwehr braucht das Gebäude nicht mehr. Die Zinseinnahmen die Sie angesprochen haben, sind derart marginal, dass sie vernachlässigbar sind. So ist die Meinung des Stadtrates – und von Tafelsilber zu sprechen – da würde ich doch sehr zurückhaltend sein. Wir haben durchaus Tafelsilber – noch reichlich Tafelsilber – aber diese Liegenschaft, diese Parzelle, gehört mit Sicherheit nicht dazu.

5. Verschiedenes

Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Martin Klöti: Einige Punkte habe ich bereits abgearbeitet: Die /GA-Information haben Sie bekommen, die Infos bezüglich *Summer-Days-Festival 2009* ebenfalls.

Sie möchten vielleicht wissen, wie weit wir mit dem Erlass des *komunalen Richtplanes* sind: Er wurde gestern durch den Stadtrat erlassen. Es werden jetzt alle Einweder bedient – einzeln, mit Briefen, mit den Antworten, und wir werden am 11./12. Dezember eine Medienkonferenz abhalten.

Es wird Sie sicher interessieren, wie weit wir mit dem *Legislaturprogramm* sind. Wir sind auch ja bei der Ziel landung. Wir werden am 2. Januar 2008 hier in diesem Saal an der Neujahrsbegrüssung den Legislaturplan 2007 – 2011 vorstellen. Der Stadtrat macht das hier gemeinsam.

Alle anderen Informationen gehen bei uns immer direkt auf die Homepage und dann gleichzeitig auch an die Medien. Sie entnehmen alle wichtige Informationen den Medien, den amtlichen Meldungen, oder eben am al lerschnellsten auf unserer Homepage unter www.arbon.ch.

Präsident Konrad Brühwiler: Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 22. Januar 2008, statt.

Ich wünsche allen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen geglückten und motivierten Start ins neue Jahr. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21:02 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Konrad Brühwiler

Romy Egerter